

LANDES VOLKSANWÄLTIN
TIROLER LANDTAG





BERICHT DER LANDESVOLKSANWÄLTIN

über die Tätigkeit
vom 01. Jänner 2016 bis 31. Dezember 2016

AN DEN TIROLER LANDTAG

LANDESVOLKSANWÄLTIN VON TIROL

6020 Innsbruck – Meraner Straße 5
Telefon: +43 512 508-3052 • +43 800 100 301 kostenfrei • Telefax: +43 512 508-743055
E-Mail: landesvolksanwaltschaft@tirol.gv.at • www.tirol.gv.at/landesvolksanwaltschaft

1. ALLGEMEINER TEIL

VORWORT

1.1	Team und Büro	8
1.2	Landesverfassungsrechtliche Grundlage	10
1.3	Gesetz über die Tiroler Landesvolksanwältin	11
1.4	Statistische Übersicht	14
1.5	Erreichbarkeit	19
1.6	Sprechtage	20
1.7	Zusammenarbeit mit Systempartnern	22

2. BESONDERER TEIL

BEISPIELHAFTE FÄLLE AUS DER PRAXIS

2.1	Baurecht	25
2.2	Betriebsanlagenrecht	26
2.3	Veterinärrecht	27
2.4	Nachbarschaftsrecht	29
2.5	Straßenrecht	30
2.6	Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht	30
2.7	Raumordnung und Gewerberecht	31
2.8	Mindestsicherung	32
2.9	Mindestsicherung	33
2.10	Mindestsicherung	34
2.11	Rehabilitationsgesetz – Teilhabe	34
2.12	Agrarrecht	35
2.13	EU-Recht	36
2.14	Existenzgefährdung	37
2.15	Abfallwirtschaft	37

BEHINDERTENANLIEGEN

2.16	Ausgangslage	38
2.17	Umsetzung der UN-Konvention	41
2.18	Bedarfs- und Entwicklungsplan	42
2.19	Landesetappenplan	43
2.20	Einrichtung von Anlaufstellen – Bestandsaufnahme	44
2.21	Zukunftsorientierte Ombudsstelle	44

3. GESETZGEBUNG UND VERWALTUNG

ANREGUNGEN

3.1	Mindestsicherung – 24 Stunden Betreuung	46
3.2	Mindestsicherung – Unterstützung der Ausbildung	48
3.3	Behindertenbereich – Umsetzung der UN-Konvention	49
3.4	Verwaltungsreform – Fonds	50
3.5	Behindertenbereich – Mitsprachemöglichkeit	51
3.6	Behindertenbereich – Persönliche Assistenz	51
3.7	Wohnbeihilfe	52

4. NATIONALE UND INTERNATIONALE KONTAKTE

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH

4.1	Volksanwaltschaft Wien	54
4.2	Brüssel und die Europaregion Tirol- Südtirol – Trentino	55

EUROPÄISCHES OMBUDSMANN-INSTITUT (EOI)

4.3	Allgemeines	56
4.4	Entwicklungen in den Ombudsmann – Institutionen	56
4.5	Buchpräsentation des EOI	58
4.6	Rahmenplanung 2017	60

5. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ALLGEMEINES

5.1	Unterlagen der Landesvolksanwaltschaft	61
5.2	Internet-Datenbank „Wer hilft wie?“	63

6. RÜCK- UND AUSBLICK

6.1	Dank	64
6.2	Vision	66

SEHR GEEHRTER HERR PRÄSIDENT, SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN ABGEORDNETE, HOHER TIROLER LANDTAG!

Der Landesvolksanwalt bzw. die Landesvolksanwältin hat gemäß Artikel 59 Abs. 2 der Tiroler Landesordnung 1989 und § 5 Abs. 1 des Gesetzes vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt dem Landtag jährlich einen Bericht über die Tätigkeit vorzulegen. Diesem Auftrag darf ich mit dem folgenden Bericht für das Jahr 2016 nachkommen.

Die Einrichtung des Landesvolksanwaltes wurde vom Tiroler Landtag mit der Tiroler Landesordnung 1989 geschaffen. Zum ersten Landesvolksanwalt von Tirol wurde HR Dr. Helmuth Tschiderer am 24. Mai 1989 vom Tiroler Landtag gewählt. Ihm folgte HR Dr. Johannes Pezzei am 05. Mai 1999, der nach viereinhalb Jahren die Leitung der neu geschaffenen Abteilung Verwaltungsorganisation und Personalmanagement übernahm. Damit war eine Neuwahl durch den Tiroler Landtag notwendig, in der am 17. März 2004 HR Dr. Josef Hauser vom Tiroler Landtag zum neuen Landesvolksanwalt gewählt und in der Sitzung am 03. Feber 2010 für eine weitere Amtsperiode von sechs Jahren wiedergewählt wurde. HR Dr. Josef Hauser stand nach zwei Funktionsperioden für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung.

In der Sitzung am 16. Dezember 2015 hat mich der Tiroler Landtag mit 34 von 36 Stimmen zur neuen Landesvolksanwältin von Tirol gewählt. Das mir damit vorweg entgegengebrachte Vertrauen ist für mich Verpflichtung und Motivation, mit vollem Einsatz und Freude für die Anliegen der Tiroler Bevölkerung einzutreten.

Am 01. April 2016 habe ich meinen Dienst in dieser interessanten und vielfältigen Funktion angetreten. Im Berichtsjahr 2016 wurde das Amt des Landesvolksanwaltes bzw. der Landesvolksanwältin daher abwechselnd von zwei Funktionsträgern ausgeübt. Als neu bestellte Landesvolksanwältin ist es meine Aufgabe, den Bericht über das gesamte Tätigkeitsjahr dieser Einrichtung zu verfassen.

Dankbar ist mir dabei bewusst, dass viele der im Bericht aufgezählten Leistungen von meinem Amtsvorgänger HR Dr. Josef Hauser erbracht bzw. in die Wege geleitet wurden. Ich möchte ihm für diese Arbeit meinen Dank und meine Hochachtung aussprechen.

Die in der Tiroler Landesordnung vorgesehene Berichterstattung an den Tiroler Landtag soll in erster Linie darin bestehen, den Damen und Herren Abgeordneten Informationen über das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat zu geben. Die große Anzahl der Menschen aus Tirol, welche mit der Landesvolksanwaltschaft Kontakt aufnehmen, ist umso bemerkenswerter, als trotz zahlreicher anderer Beratungseinrichtungen wie auch Ombudsstellen nach wie vor der Weg zu uns gesucht wird. Offensichtlich ist unser Bekanntheitsgrad hoch und verbinden die Bürgerinnen und Bürger mit dieser Einrichtung Objektivität und Durchsetzungsfähigkeit, wie uns nicht selten von Vorgesprechenden bestätigt wird.



Mit Landesvolksanwalt HR Dr. Josef Hauser, Landeshauptmann Günther Platter und Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa nach der Wahl im Landtag.

Neben der verfassungsgesetzlich verankerten Unabhängigkeit stehen der Landesvolksanwältin die Instrumente der uneingeschränkten Akteneinsicht und behördlichen Auskunftspflicht zur Verfügung. Diese Instrumente sind für eine objektive Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes unabdingbar.

In einem modernen Europa gehört es mit zum rechtsstaatlichen Auftrag und zur Stärkung der Demokratie, den Bürgerinnen und Bürgern eine unabhängige Stelle zur Verfügung zu stellen die sie bei Konflikten mit der Verwaltung unterstützt und Verwaltungshandeln überprüft. Dadurch sollen die Menschen bestärkt werden, zur Verwaltung und deren Dienststellen Vertrauen zu haben. Dieses Vertrauen zu stärken oder nötigenfalls wiederherzustellen, ist eine wesentliche Aufgabe jeder Ombudsmann- bzw. Ombudsfrau-Einrichtung.

Darüber hinaus befassen sich Ombudsstellen auch mit Entscheidungen, die zwar weder rechtlich noch sachlich falsch sind, aber den-

noch irgendwie unbillig erscheinen. Billigkeit im hier verwendeten Sinne bedeutet, dass staatliches Verwaltungshandeln auf die Wirkung hin überprüft werden muss, die es für die Betroffenen hat. Nicht selten sind die schwächsten Mitglieder

unserer Gesellschaft davon betroffen und können sich selber oft nicht helfen. Auch sind sie es, die häufig nicht über die notwendigen Mittel verfügen, sich ausreichend zu wehren.

So war und ist es Ziel der Landesvolksanwältin bzw. des Landesvolksanwaltes, in gegenseitigem Respekt einen Ausgleich zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der oft als übermächtig empfundenen öffentlichen Verwaltung herzustellen.

Nach zwölf sehr erfolgreichen Jahren hat HR Dr. Josef Hauser mit 31. März 2016 seine Tätigkeit als Landesvolksanwalt von Tirol beendet. Ich danke dem Tiroler Landtag, dass ich diese verantwortungsvolle Aufgabe mit 01. April 2016 von ihm übernehmen durfte.

Maria Luise Berger

Ihre Maria Luise Berger
Landesvolksanwältin

1.1 DAS TEAM UND UNSER BÜRO

In der Öffentlichkeit ist oft nur die Landesvolksanwältin selbst wahrzunehmen. Für Rat und Hilfe suchende Menschen sind jedoch die ersten Ansprechpartner die Mitarbeiterinnen im Sekretariat. Die Beratung und die oft umfangreiche Beschwerdebegleitung der vielen Hilfesuchenden wäre zudem ohne juristische Mitarbeiter nicht zu schaffen. Als Landesvolksanwältin habe ich das große Glück, mich auf ein erfahrenes Team verlassen zu können. Da nicht selten Menschen in großer Not bei uns vorsprechen, war und ist es uns ein Anliegen, rasch und unbürokratisch zu helfen. Durch den vollen Einsatz aller im Team war es trotz des Wechsels in der Führung möglich, die große Anzahl der Beschwerden in vertretbarer Zeit zu prüfen.

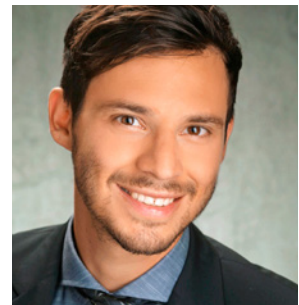
Der Personalstand in der Landesvolksanwaltschaft ist seit dem Jahr 2004 fast unverändert. Neben der Landesvolksanwältin stehen als Sachbearbeiter für die hilfesuchenden Menschen vier Juristen zur Verfügung. Ergänzt wird unser Team von drei Sekretärinnen (zwei davon teilzeitbeschäftigt). Die Sekretärinnen führen gleichzeitig auch die Kanzleigeschäfte der Servicestelle für Gleichbehandlung und Antidiskriminierung.

Im Berichtsjahr 2016 hat Frau Dr.ⁱⁿ Sabina Nagele nach sechsjähriger Tätigkeit in die Landesverwaltung gewechselt. Wir danken ihr für ihre hervorragende juristische Arbeit und ihre hohe menschliche Kompetenz. Ihre Nachfolge übernahm Mag. Kristof Widhalm,

der sich ausgezeichnet in das Team der Landesvolksanwaltschaft eingebracht hat. Weiters wurde der Landesvolksanwaltschaft gemeinsam mit der Servicestelle für Gleichbehandlung und Antidiskriminierung Mag. Lukas Pinzger als Verwaltungspraktikant zugeweiht. Seine große juristische Begabung und das für beide Einrichtungen nötige soziale Engagement zeichnen ihn aus. Wir danken ihm an dieser Stelle nochmal herzlich für seinen Einsatz und wünschen ihm für seine nunmehrige Tätigkeit in einer Rechtsanwaltskanzlei alles Gute!



Dr.ⁱⁿ Sabina Nagele



Mag. Lukas Pinzger

Auf Initiative des Präsidenten des Tiroler Landtages, Herrn DDr. Herwig van Staa, übersiedelte die Landesvolksanwaltschaft bereits im Herbst 2010 in das „Fohringerhaus“ in der Meraner Straße 5, 2. Stock. Die Entscheidung, sämtliche Anwaltschaften des Landes in einem eigenen Haus unterzubringen, hat sich als richtig und gut erwiesen. Einerseits ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger Standortvorteile hinsichtlich der Erreichbarkeit aller Anwaltschaften.

Andererseits fördern die regelmäßigen persönlichen Kontakte das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit der Anwaltschaften. Aufgrund der Lage unmittelbar gegenüber dem Landhaus 1 bleiben sämtliche Vorteile

der raschen Erreichbarkeit und des persönlichen Kontaktes mit dem Tiroler Landtag und der Landesverwaltung insbesondere für notwendige Rückfragen gewahrt.



Foto: Kefer

Landesvolksanwältin Maria Luise Berger (Mitte)
Sekretariat: Gerda Unterrader, Patricia Schatz, Susanne Reinisch (von links)
Juristen: Christoph Wötzer, Josef Siegele, Harald Kefer, Kristof Widhalm (von links)

1.2 DIE LANDESVERFASSUNGSRECHTLICHE GRUNDLAGE



Landesgesetzblatt für Tirol

Jahrgang 1988

Herausgegeben und versendet am 9. Dezember 1988

28. Stück

61. Landesverfassungsgesetz vom 21. September 1988 über die Verfassung des Landes Tirol (Tiroler Landesordnung 1989)

61. Landesverfassungsgesetz vom 21. September 1988 über die Verfassung des Landes Tirol (Tiroler Landesordnung 1989) – in der geltenden Fassung

Artikel 59 Landesvolksanwalt

(1) Zur Besorgung der im Abs. 2 angeführten Aufgaben ist der Landesvolksanwalt berufen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat in den Angelegenheiten der Landesverwaltung, der mittelbaren Bundesverwaltung und der dem Landeshauptmann übertragenen Verwaltung von Bundesvermögen jedermann auf Verlangen Rat zu erteilen und Beschwerden entgegenzunehmen. Der Landesvolksanwalt hat jede Beschwerde unverzüglich zu prüfen und, sofern er sie nicht selbst durch Aufklärung des Beschwerdeführers erledigen kann, bei der zuständigen Stelle auf Aufklärung oder Abhilfe hinzuwirken und das Ergebnis seiner Maßnahmen dem Beschwerdeführer ehestmöglich mitzuteilen. Der Landesvolksanwalt hat dem Landtag jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit vorzulegen.

(3) Der Landesvolksanwalt ist ein Organ des Landtages. Er untersteht unmittelbar dem Landtag, ist nur diesem verantwortlich und von der Landesregierung unabhängig. Entstehen zwischen dem Landesvolksanwalt und der Landesregierung Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit des Landesvolksanwaltes, so entscheidet hierüber der Verfassungsgerichtshof auf Antrag des Landesvolksanwaltes oder der Landesregierung.

(4) Der Landesvolksanwalt hat seinen Sitz in Innsbruck. Er kann, soweit dies zur Besorgung seiner Aufgaben zweckmäßig ist, außerhalb der Landeshauptstadt Sprechtage abhalten.

(5) Der Landesvolksanwalt wird vom Landtag auf Vorschlag des Landtagspräsidenten auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Zum Landesvolksanwalt darf nur eine Person gewählt werden, die persönlich und fachlich geeignet ist. Der Landesvolksanwalt darf weder der Bundesregierung oder

der Landesregierung noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören.

(6) Der Landtag hat auf Vorschlag des Landtagspräsidenten den Landesvolksanwalt vor dem Ablauf seiner Amtsdauer nach Abs. 5 erster Satz abzurufen, wenn er die Voraussetzungen nach Abs. 5 zweiter und dritter Satz nicht mehr erfüllt.

(7) Die Landesregierung hat die für die Besorgung der Aufgaben des Landesvolksanwaltes erforderlichen Sach- und Geldmittel sowie die aus dem Stellenplan sich ergebende Anzahl von Landesbediensteten für den Landesvolksanwalt nach Anhören des Landtagspräsidenten zur Verfügung zu stellen. Dem Landtagspräsidenten obliegt die Ausübung der sonst der Landesregierung zustehenden Diensthoheit über den Landesvolksanwalt und die beim Landesvolksanwalt verwendeten Landesbediensteten, mit Ausnahme der Erlassung von Verordnungen.

(8) Der Landesvolksanwalt ist Vorgesetzter der bei ihm verwendeten Bediensteten. Er ist befugt, diesen Weisungen zu erteilen.

(9) Alle Organe des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolksanwalt bei der Besorgung seiner Aufgaben zu unterstützen, ihm Akteneinsicht zu gewähren und ihm auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Gegenüber dem Landesvolksanwalt besteht die Amtsverschwiegenheit nicht. Der Landesvolksanwalt unterliegt der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er bei der Besorgung seiner Aufgaben herangetreten ist.

(10) Für die im Art. 148a Abs. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte vorgesehenen besonderen Kontroll- und Überwachungsaufgaben wird für den Bereich der Landesverwaltung die Volksanwaltschaft für zuständig erklärt.

1.3 GESETZ ÜBER DEN TIROLER LANDESVOLKSANWALT



LANDESGESETZBLATT FÜR TIROL

Jahrgang 2014

Kundgemacht am 27. Juni 2014

66.

Gesetz über den Tiroler Landesvolksanwalt

66. Gesetz vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt

Der Landtag hat beschlossen:

§ 1 Wahl, Stellung

(1) Der Landesvolksanwalt wird vom Landtag auf Vorschlag des Landtagspräsidenten auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig. Zum Landesvolksanwalt darf nur eine Person gewählt werden, die persönlich und fachlich geeignet ist. Der Landesvolksanwalt darf weder der Bundesregierung oder der Landesregierung noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören.

(2) Der Landtagspräsident hat vor der Wahl des Landesvolksanwaltes eine Ausschreibung dieser Funktion durchzuführen. Die Ausschreibung ist zunächst auf den Kreis der Bediensteten des Landes Tirol zu beschränken (interne Ausschreibung). Der Obleuterat ist zum Ergebnis der internen Ausschreibung anzuhören. Ist nach Auffassung des Landtagspräsidenten keiner der aus der internen Ausschreibung hervorgegangenen Bewerber geeignet, so hat er von einem Vorschlag abzusehen und in der Folge eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen; gleiches gilt, wenn der vom Landtagspräsidenten aufgrund der internen Ausschreibung vorgeschlagene Bewerber vom Landtag nicht gewählt wird. Der Obleuterat ist zum Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung anzuhören. Ist nach Auffassung des Landtagspräsidenten keiner der aus der öffentlichen Ausschreibung hervorgegangenen Bewerber geeignet, so hat er dem Landtag nach Anhören des Obleuterates einen alternativen Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen; gleiches gilt, wenn der vom Landtagspräsidenten aufgrund der öffentlichen Ausschreibung vorgeschlagene Bewerber vom Landtag nicht gewählt wird.

(3) Der Landtagspräsident kann nach Anhören des Obleuterates den im Amt befindlichen Landesvolksanwalt zur Wiederwahl vorschlagen. In diesem Fall ist keine Ausschreibung durchzuführen.

(4) Der Landesvolksanwalt ist ein Organ des Landtages und hat seinen Sitz in Innsbruck. Er untersteht unmittelbar dem Landtag, ist nur diesem verantwortlich und von der Landesregierung unabhängig.

(5) Der Landesvolksanwalt hat vor dem Antritt seines Amtes in die Hand des Landtagspräsidenten strenge Unparteilichkeit und die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben zu geloben.

§ 2 Aufgaben

(1) Der Landesvolksanwalt hat in Angelegenheiten der Landesverwaltung, der mittelbaren Bundesverwaltung und der dem Landeshauptmann übertragenen Verwaltung von Bundesvermögen jedermann auf Verlangen Rat zu erteilen und Beschwerden entgegenzunehmen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes entgegenzunehmen, zu prüfen und, sofern er diese unterstützt, an den Landtag bzw. die Landesregierung weiterzuleiten.

(3) Alle Organe des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolksanwalt bei der Besorgung seiner Aufgaben zu unterstützen, ihm Akteneinsicht zu gewähren und ihm auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Gegenüber dem Landesvolksanwalt besteht die Amtsverschwiegenheit nicht. Der Landesvolksanwalt unterliegt der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er bei der Besorgung seiner Aufgaben herangetreten ist.

§ 3

Behandlung von Beschwerden, Empfehlungen

(1) Der Landesvolksanwalt hat jede Beschwerde unverzüglich zu prüfen und, sofern er sie nicht selbst durch Aufklärung des Beschwerdeführers erledigen kann, bei der zuständigen Stelle auf Aufklärung oder Abhilfe hinzuwirken.

(2) Stellt der Landesvolksanwalt im Rahmen der Prüfung einer Beschwerde einen Missstand fest, so kann er der zuständigen Stelle gegenüber eine Empfehlung abgeben, wie der festgestellte Missstand so weit als möglich beseitigt und künftig vermieden werden kann. Eine solche Empfehlung ist gleichzeitig dem zuständigen Mitglied der Landesregierung zur Kenntnis zu bringen. Die zuständige Stelle hat

a) der Empfehlung möglichst rasch, längstens aber binnen drei Monaten, zu entsprechen und dies dem Landesvolksanwalt mitzuteilen oder

b) binnen der in lit. a genannten Frist schriftlich zu begründen, warum der Empfehlung nicht oder nicht fristgerecht entsprochen werden kann.

(3) Der Landesvolksanwalt hat dem Beschwerdeführer, soweit dem nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen, das Ergebnis des Prüfungsverfahrens und die für den bestimmten Fall getroffenen Maßnahmen mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die zuständigen gleichartigen Einrichtungen des Bundes oder eines anderen Landes weiterzuleiten.

§ 4

Sprechtage

Der Landesvolksanwalt kann, soweit dies zur Besorgung seiner Aufgaben zweckmäßig ist, außerhalb der Landeshauptstadt Sprechtag abhalten.

§ 5

Tätigkeitsbericht, Teilnahme an Ausschüssen

(1) Der Landesvolksanwalt hat dem Landtag jährlich im Weg des Landtagspräsidenten einen Bericht über seine Tätigkeit vorzulegen. Dieser Bericht ist den Abgeordneten unverzüglich zuzuleiten. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der Bericht vertraulich zu behandeln. Der Landesvolksanwalt hat die zur Wahrung dieser Vertraulichkeit in seinem Verantwortungsbereich notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

(2) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, an den Sitzungen der Ausschüsse, in denen seine Berichte behandelt werden, sowie an den Sitzungen des Ausschusses für Petitionen teilzunehmen. Zu den Sitzungen des Ausschusses für Petitionen ist er einzuladen.

§ 6

Abgabefreiheit

Für Eingaben an den Landesvolksanwalt und Amtshandlungen des Landesvolksanwaltes sind keine Landesverwaltungsabgaben zu entrichten.

§ 7

Büro des Landesvolksanwaltes

(1) Der Landesvolksanwalt leitet das Büro des Landesvolksanwaltes und ist Vorgesetzter aller dort verwendeten Landesbediensteten. Er ist befugt, diesen Weisungen zu erteilen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat mit Zustimmung des Landtagspräsidenten für den Fall seiner Verhinderung einen Bediensteten des Büros des Landesvolksanwaltes schriftlich zu seinem Stellvertreter zu bestimmen. Ist auch dieser verhindert, so obliegt die Vertretung des Landesvolksanwaltes dem von ihm hierzu schriftlich im Vorhinein bestimmten Bediensteten. Ist auch dieser verhindert oder gibt es keine solche Verfügung des Landesvolksanwaltes, so obliegt die Vertretung dem anwesenden dienstältesten Bediensteten der höchsten Verwendungsgruppe bzw. der höchsten Entlohnungsklasse.

(3) Der Landtagspräsident hat auf Vorschlag des Landesvolksanwaltes bis zum 1. Juli eines jeden Jahres die voraussichtlichen personellen, räumlichen, sachlichen und finanziellen Erfordernisse des Büros des Landesvolksanwaltes für das nächste Jahr der Landesregierung bekannt zu geben. Die Landesregierung hat diese Erfordernisse bei der Erstellung des Entwurfes des Landesvoranschlages zu berücksichtigen.

(4) Die Landesregierung hat dem Büro des Landesvolksanwaltes auf Vorschlag des Landesvolksanwaltes und nach Anhören des Landtagspräsidenten nach Maßgabe des Landesvoranschlages einschließlich des Stellenplanes

a) die zur ordnungsgemäßen Besorgung der Aufgaben des Landesvolksanwaltes erforderliche Anzahl an entsprechend qualifi-

zierten Landesbediensteten zur Verfügung zu stellen,

b) für die dem jeweiligen Personalstand des Büros des Landesvolksanwaltes entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung zu sorgen und

c) die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

§ 8 Geschäftsordnung

(1) Die innere Organisation des Büros des Landesvolksanwaltes und der Geschäftsgang sind durch eine Geschäftsordnung näher zu regeln.

(2) Die Geschäftsordnung wird vom Landesvolksanwalt mit Zustimmung des Landtagspräsidenten erlassen.

§ 9 Dienstrechtliche Bestimmungen

(1) Der Landesvolksanwalt ist, sofern er im Zeitpunkt seiner Wahl nicht schon Landesbediensteter ist, in ein privatrechtliches Dienstverhältnis zum Land Tirol aufzunehmen. Dieses Dienstverhältnis endet, sofern keine Wiederwahl erfolgt, mit dem Ablauf der Funktionsdauer oder dem vorzeitigen Ende der Funktion.

(2) Die Bediensteten, die die Landesregierung dem Büro des Landesvolksanwaltes zur Verfügung zu stellen hat, müssen in einem privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Land Tirol stehen.

(3) Dem Landtagspräsidenten obliegt nach Art. 59 Abs. 7 der Tiroler Landesordnung 1989 die Ausübung der sonst der Landesregierung zustehenden Diensthohheit über den Landesvolksanwalt und die beim Büro des Landesvolksanwaltes verwendeten Landesbediensteten, mit Ausnahme der Erlassung von Verordnungen. Der Landtagspräsident kann die Besorgung der dienst- und besoldungsrechtlichen Angelegenheiten dieser Personen dem Amt der Landesregierung übertragen, wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit und Raschheit gelegen ist. In diesem Fall hat das Amt der Landesregierung diese Angelegenheiten im Namen und nach den Weisungen des Landtagspräsidenten zu besorgen.

§ 10 Vorzeitiges Enden der Funktion

(1) Die Funktion des Landesvolksanwaltes endet vorzeitig:

a) mit dem Verzicht auf das Amt; der Verzicht ist gegenüber dem Landtagspräsidenten schriftlich zu erklären; er wird mit dem Einlangen der Verzichtserklärung in der Landtagsdirektion wirksam und unwiderruflich;

b) bei Abberufung durch Beschluss des Landtages aus den Gründen des Art. 59 Abs. 6 der Tiroler Landesordnung 1989;

c) mit dem Ablauf des 31. Dezember des Jahres, in dem er das 65. Lebensjahr vollendet;

d) durch Tod.

(2) In den Fällen des Abs. 1 ist die Funktion des Landesvolksanwaltes unverzüglich neu auszuschreiben (§ 1 Abs. 2). Bis zur Wahl eines neuen Landesvolksanwaltes hat der Landtagspräsident einen Bediensteten des Büros des Landesvolksanwaltes mit der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu betrauen.

§ 11 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit 1. Juli 2014 in Kraft.

**Der Landtagspräsident:
van Staa**

**Der Landeshauptmann:
Platter**

**Das Mitglied der Landesregierung:
Geisler**

**Der Landesamtsdirektor:
Liener**

1.4 STATISTISCHE ÜBERSICHT

Der Landesvolksanwalt bzw. die Landesvolksanwältin und die juristischen Mitarbeiter wurden im Berichtsjahr von 5.533 Personen für Beratungen und Beschwerden in Anspruch genommen.

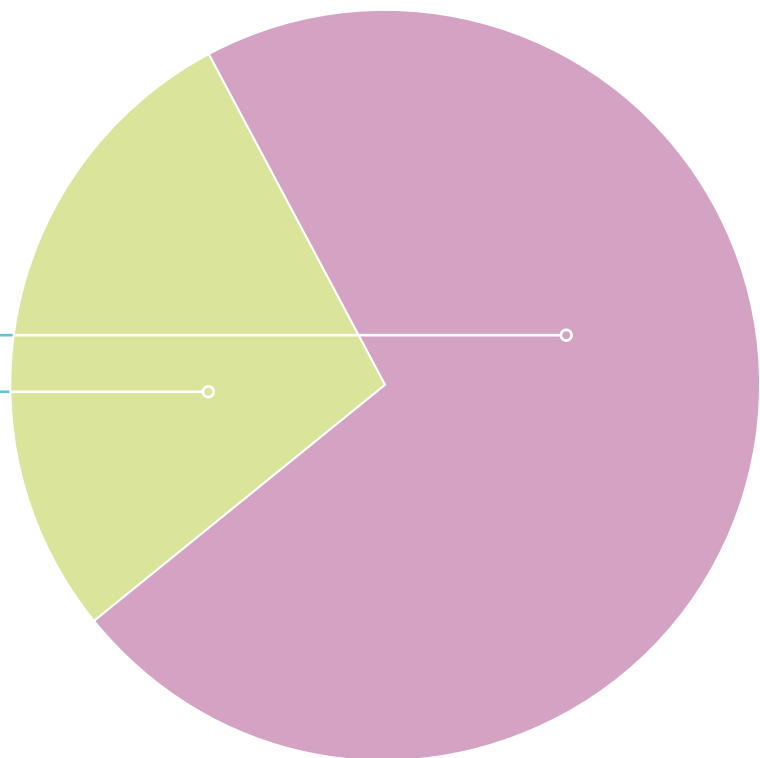
Eine geschlechtsspezifische Auswertung der vorliegenden Statistik ergibt, dass im Be-

richtsjahr 47 % Frauen und 53 % Männer mit der Landesvolksanwaltschaft Kontakt aufgenommen haben.

Wie bereits in den letzten Jahren beziehen sich die zahlreichen Kontakte mit der Landesvolksanwaltschaft vermehrt auf die beratende Tätigkeit.

INANSPRUCHNAHME

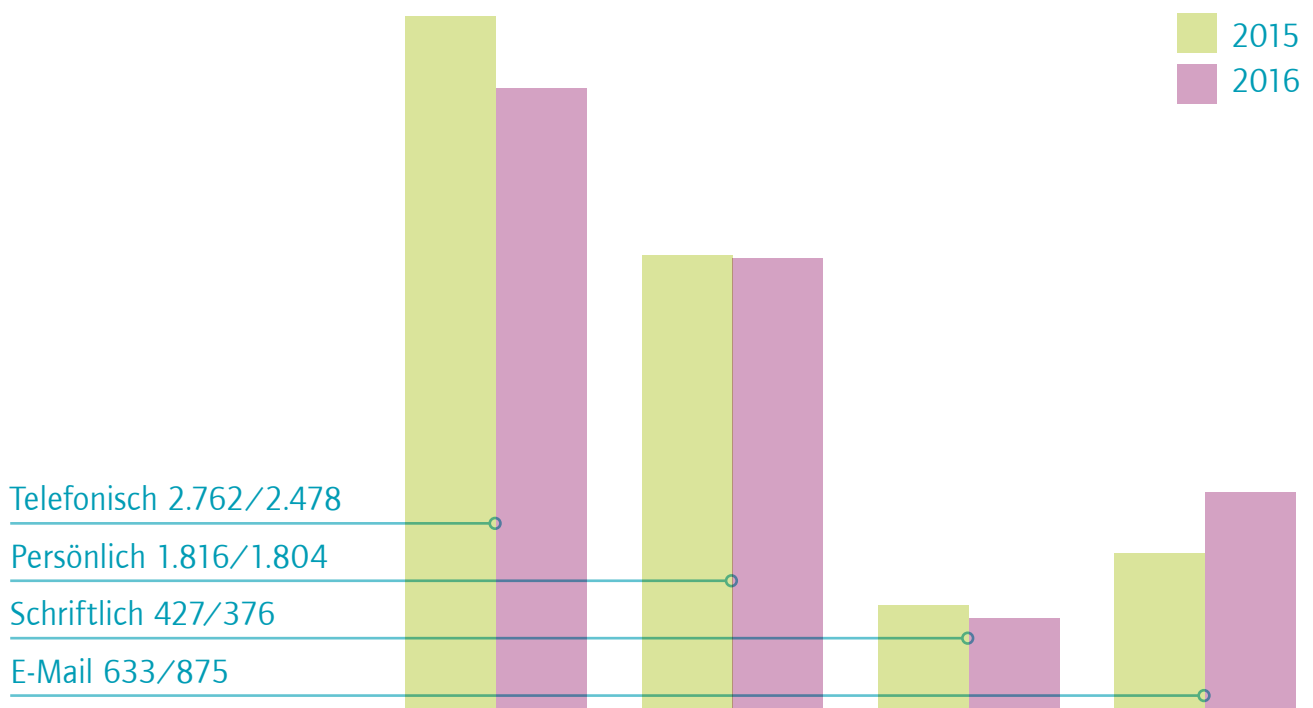
Beratungen 72 %
Beschwerden 28 %



Nur in 28 % der Fälle wurde eine Beschwerde vorgebracht, 72 % der Kontaktaufnahmen betrafen Beratungsarbeit. Nach wie vor ist es den Bürgerinnen und Bürgern in Tirol ein besonderes Bedürfnis, ihre Probleme im Rahmen

eines persönlichen Gesprächs zu erörtern. Aufgrund der vielen persönlichen Vorsprachen ist eine hohe fachliche und menschliche Kompetenz des Teams der Landesvolksanwaltschaft erforderlich.

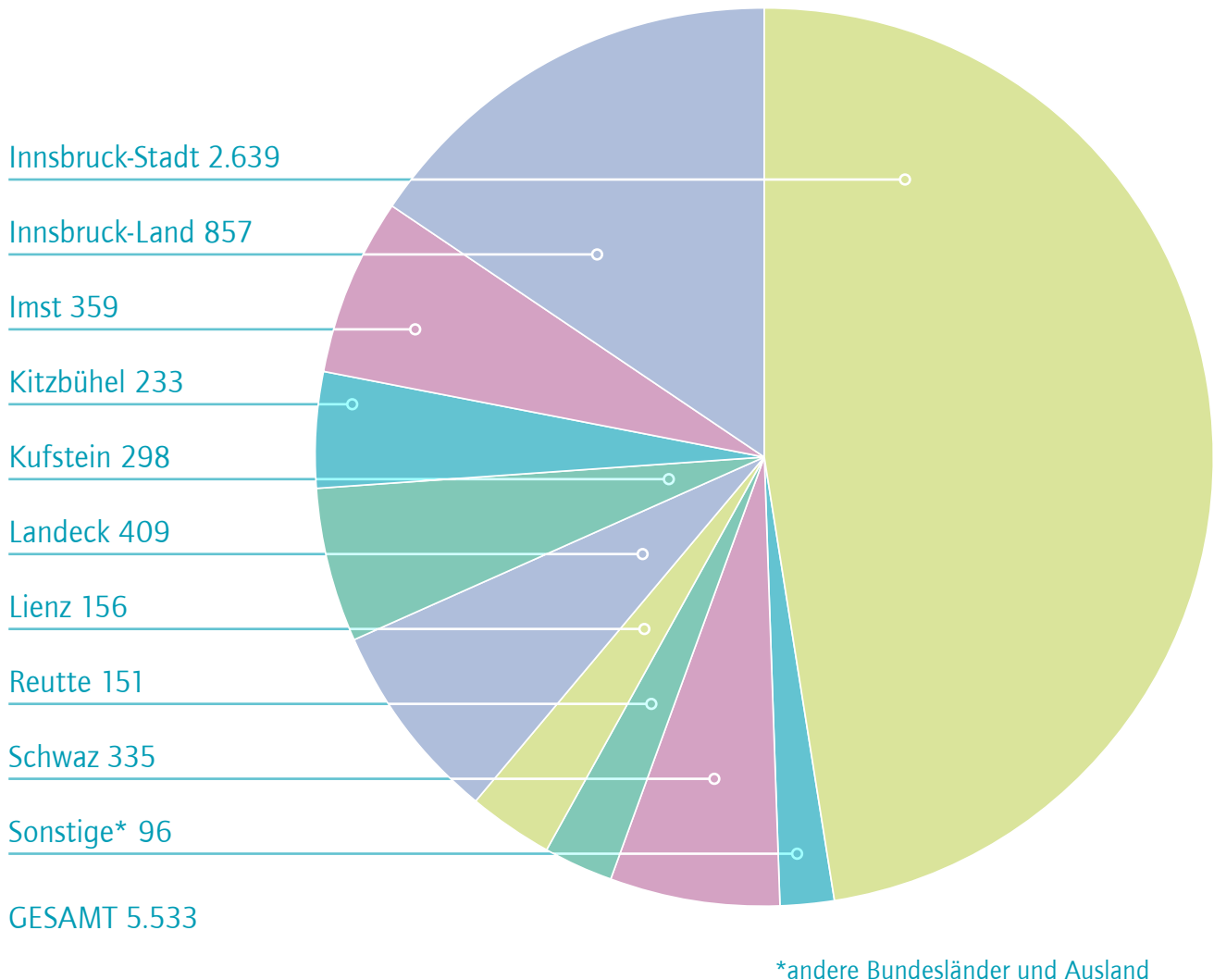
DARSTELLUNG NACH ART DER INANSPRUCHNAHME UND IM VERHÄLTNIS ZUM VORJAHR



Diese Gesamtzahl von 5.533 Kontakten ergibt sich im Berichtsjahr 2016 aus 2.478 telefonischen Erledigungen, 1.804 persönlichen Vorsprachen sowie 1.251 schriftlichen (davon 875 per E-Mail) Eingaben. Dabei ist auffällig, dass

die Kontaktaufnahmen per E-Mail weiterhin stark im Ansteigen sind.

AUFTEILUNG DER BERATUNGS- UND BESCHWERDEFÄLLE AUF DIE EINZELNEN BEZIRKE



Die Frequenz der Inanspruchnahme in der Stadt Innsbruck war immer schon überdurchschnittlich hoch, was sich zweifellos in erster Linie mit dem Sitz des Landesvolksanwaltes bzw. der Landesvolksanwältin in Innsbruck erklären lässt. Die vergleichsweise hohe Anzahl an Kontakten aus den Bezirken Imst und Landeck liegt aber nicht im dortigen Verwaltungsvollzug begründet, sondern an der Tatsache, dass

der Landesvolksanwalt bzw. die Landesvolksanwältin und ihr Stellvertreter ihren Wohnsitz in diesen Bezirken haben. Das untermauert die in den letzten Jahren vom ehemaligen Landesvolksanwalt HR Dr. Hauser getroffene Feststellung, dass zwischen Bekanntheitsgrad und Zugang zur Landesvolksanwaltschaft ein direkter Zusammenhang besteht.

AUFTEILUNG DER BERATUNGS- UND BESCHWERDEFÄLLE NACH MATERIEEN

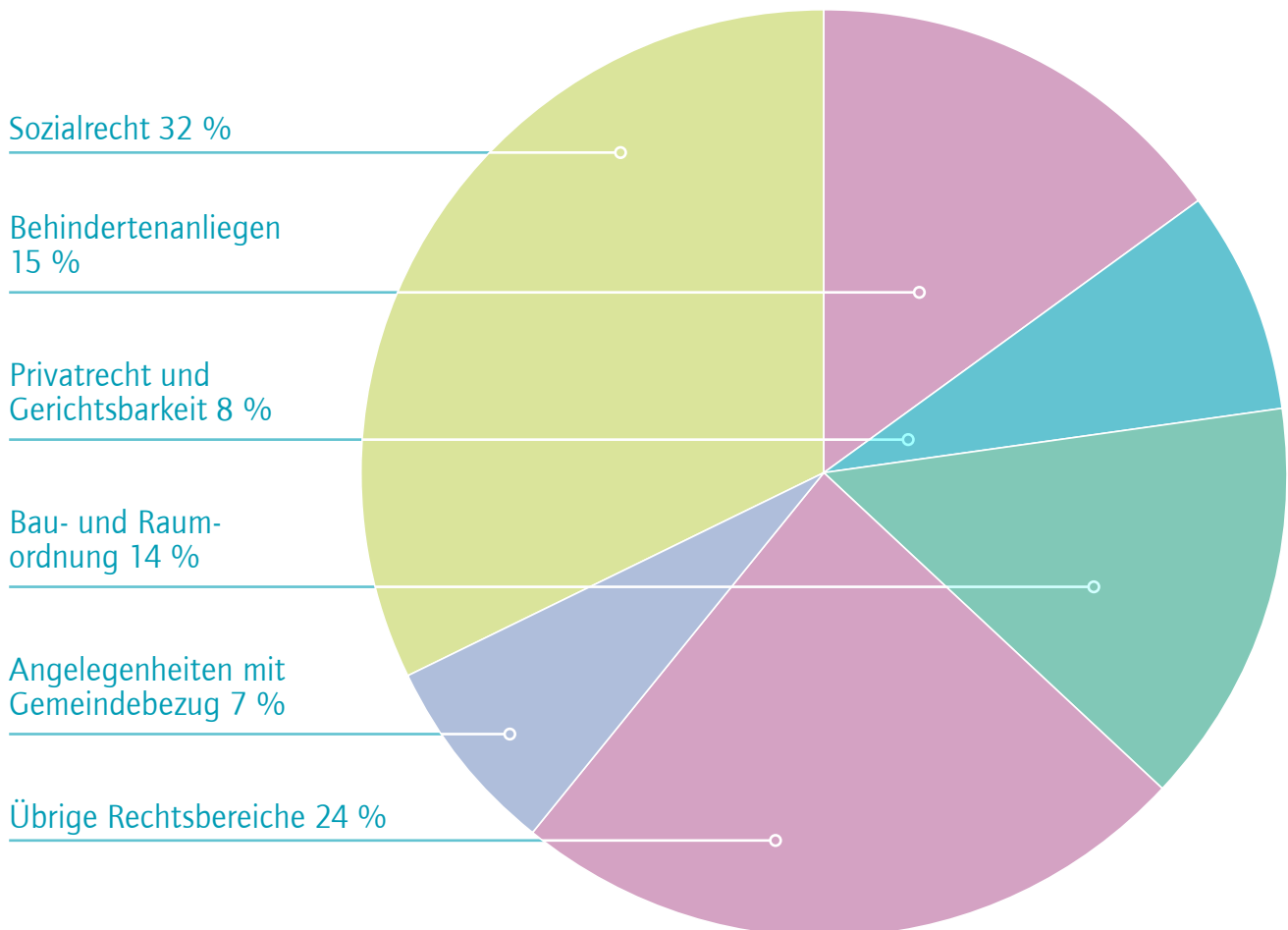
Die Inanspruchnahme der Landesvolksanwaltschaft bezieht sich mengenmäßig im Wesentlichen auf folgende Rechtsbereiche:

Abgabewesen, Landesabgabenordnung	39
Agrarrecht, Forst, Jagd und Fischerei	99
Baurecht und Raumordnung	772
Behindertenanliegen	838
Dienstrecht	52
Finanzrecht – Bund	20
Förderungswesen, allgemein	44
Fremdenrecht	139
Gemeinderecht, allgemein	119
Gewerberecht, Betriebsanlagen	101
Grundverkehr	8
Kinder- und Jugendhilfe	97
Klinikangelegenheiten, Krankenanstaltengesetz	14
Kraftfahrrecht, Straßenverkehrsordnung, Führerscheingesetz	108
Landespolizeigesetz	17
Pensionsrecht, ASVG	205
Privatrecht und Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit	438
Schulwesen	64
Sicherheitswesen	27
Sonstiges	100
Sozialrecht	1.807
Staatsbürgerschaft, Personenstandsangelegenheiten	48
Straßenrecht	90
Tourismus, Sportwesen	18
Umweltschutz, Naturschutz	56
Verwaltungsverfahrensgesetze	55
Wasserrecht	88
Wohnbauförderung	70
Summe	5.533

Die vorangegangene Statistik gibt in erster Linie darüber Aufschluss, in welchen Themenbereichen Bürgerinnen und Bürger besonders häufig Beratungen in Anspruch nehmen oder sich beschwert fühlen. Naturgemäß bilden jene Bereiche der Verwaltung den größten Anteil der Beratungs- und Beschwerdefälle, die die stärksten Berührungspunkte mit dem alltäglichen Leben aufweisen, wie das Sozialrecht, der Behindertenbereich, das Baurecht und die Raumordnung, auch das Privatrecht und die Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit.

Wie in den Vorjahren zeigt die vorliegende Statistik, dass in den beiden Bereichen Sozialrecht und Behindertenanliegen die meisten Kundenkontakte zu verzeichnen sind. Es handelt sich hierbei oft um Menschen, die auf finanzielle Unterstützung im Rahmen der Mindestsicherung oder andere finanzielle Hilfe angewiesen sind. Hier stellen wir auch fest, dass viele Menschen über die weitere Entwicklung im Pflegebereich und dessen Finanzierung verunsichert sind. Ebenso wie in den Vorjahren resultierten viele notwendige Beratungsgespräche wie auch Beschwerdefälle aus dem Bau- und Raumordnungsbereich.

VERTEILUNG DER HÄUFIGSTEN BERATUNGS- UND BESCHWERDEFÄLLE:



Auch im abgelaufenen Jahr haben wieder viele Menschen in Angelegenheiten des Privatrechts und der Gerichtsbarkeit bei der Landesvolksanwaltschaft Rat gesucht. Hier ging es beispielsweise um Nachbarschaftsstreitigkeiten, aber auch Familienprobleme oder Erbrechtsangelegenheiten. Der Übergang vom Verwaltungsrecht zum Privatrecht ist hier oft fließend. Auch wenn die Zuständigkeiten nicht immer von vorne herein klar abzugrenzen und oftmals überschneidend sind, bemühen sich alle Mitarbeiter der Landesvolksanwaltschaft, den Menschen bestmögliche Hilfestellung zu geben.

In vielen Fällen nutzte auch der Hinweis auf das von der nahen Rechtsanwaltskammer eingerichtete besondere Service einer ersten kos-

tenfreien Auskunft nach Voranmeldung und zu einer ganz bestimmten Zeit. Ebenso wichtig ist aus unserer Sicht die für Hilfesuchende kostenfreie erste richterliche Einschätzung am Amtstag des jeweiligen Bezirksgerichtes.

Zusätzlich besteht seit November 2007 bei jedem Oberlandesgericht eine Justiz-Ombudsstelle für die Prüfung von Beschwerden über die Gerichtsbarkeit. Auch wenn die dortige Prüfungskompetenz und Ausstattung mit jener der Landesvolksanwaltschaft nicht vergleichbar ist, konnten Menschen, die sich über eine lange Verfahrensdauer oder die Art der Behandlung durch ein Justizorgan beschwert haben, erfolgreich dorthin verwiesen werden.

1.5 ERREICHBARKEIT

ALLGEMEINES

Alle hilfesuchenden Menschen können sich entweder persönlich, telefonisch oder schriftlich an die Landesvolksanwaltschaft wenden. Um die große Anzahl an Anfragen und Beschwerden möglichst zielführend bearbeiten zu können, sollte jedes Vorbringen enthalten:

- Name, Adresse, Telefonnummer
- Um welche Behörde geht es?
- Was ist der Grund für die Kontaktaufnahme?

Für alle Menschen mit Internetanschluss, denen es möglich ist, elektronisch ihr Anliegen zu formulieren, steht auf unserer Homepage www.tirol.gv.at/landesvolksanwaltschaft ein Online-Formular für Anfragen und Beschwerden zur Verfügung. Wichtig zur rascheren

Bearbeitung ist auch hier die Angabe von gewissen Basisinformationen, wie sie eingangs aufgelistet sind. Ansonsten besteht für die Einbringung keine Formvorschrift.

Seit letztem Jahr gibt es nun auch die Möglichkeit, die Landesvolksanwältin mittels der kostenfreien Servicenummer **0800 100 301** zu erreichen.

Die Telefonzeiten

Montag – Donnerstag:

08:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 16:00 Uhr

Freitag: 08:00 – 12:00 Uhr

In der übrigen Zeit kann das Anliegen auf ein Tonband gesprochen werden. Gerne rufen wir auch zurück, wenn eine Telefonnummer hinterlassen wird.

ABENDSERVICE

Neben den Parteienverkehrszeiten am Montag von 08:00 bis 12:00 Uhr und von 14:00 bis 16:00 Uhr und von Dienstag bis Freitag von 08:00 bis 12:00 Uhr sind wir nach Terminver-

einbarung auch von Montag bis Donnerstag am Abend für Besprechungen da. Damit soll insbesondere berufstätigen Bürgerinnen und Bürgern oder Eltern von Kleinkindern eine zusätzliche Vorsprachemöglichkeit geboten werden.

1.6 SPRECHTAGE

Das Gesetz über den Tiroler Landesvolksanwalt sieht vor, dass dieser bzw. die Landesvolksanwältin ihren Sitz in Innsbruck hat. Sie kann außerhalb der Landeshauptstadt Sprechtag abhalten, wenn dies zur Besorgung ihrer Aufgaben zweckmäßig ist. Sprechtag in den Bezirken bieten den Bürgerinnen und Bürgern Tirols die Möglichkeit, ihre Anliegen persönlich vorzutragen, ohne deswegen die oft zeitaufwändige Anreise nach Innsbruck in Kauf nehmen zu müs-

sen. Im Interesse der Bürgernähe kommt den Sprechtag deshalb ein hoher Stellenwert zu.

Aus diesem Grund werden in der Regel zweimal jährlich Sprechtag in den Bezirkshauptmannschaften und zweimal jährlich in den größeren Gemeinden außerhalb von Innsbruck abgehalten. Diese Sprechtag werden in der Presse, im Internet sowie in den Ämtern mittels Plakaten angekündigt.

SPRECHTAGE DER LANDESVOLKSANWÄLTIN MAG.^A MARIA LUISE BERGER

Bezirkshauptmannschaft Landeck	Montag	21. November 2016
Bezirkshauptmannschaft Imst	Dienstag	22. November 2016
Bezirkshauptmannschaft Reutte	Mittwoch	23. November 2016
Bezirkshauptmannschaft Schwaz	Donnerstag	24. November 2016
Bezirkshauptmannschaft Kufstein	Montag	28. November 2016
Bezirkshauptmannschaft Kitzbühel	Dienstag	29. November 2016
Bezirkshauptmannschaft Lienz	Mittwoch	30. November 2016



Mit Bezirkshauptmann Mag. Michael Brandl, BH Schwaz

Besonders erfreulich ist, dass die Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden die Sprechstage der Landesvolksanwältin organisatorisch ausgezeichnet unterstützen und im Rahmen der

amtlichen Verlautbarungen die Sprechstage den Bewohnerinnen und Bewohnern ihres Bezirkes entsprechend kundmachen.

An den Sprechtagen im Berichtsjahr kamen die unterschiedlichsten Themen zur Sprache:

Am häufigsten wurden Themen aus dem Sozialbereich wie etwa zur Mindestsicherung oder Pflege nachgefragt. Auch der Vollzug der Tiroler Bauordnung bildete einen Themenschwerpunkt. Eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern berichtete über Probleme mit der Nachbarschaft. Hier ging es häufig um störende Immissionen, aber auch um Grenzstreitigkeiten. Die Immissionen betreffen neben gewerblichen Betrieben oftmals landwirtschaftliche Anwesen oder Freizeiteinrichtungen. Ein weiterer häufiger Grund für Beschwerden waren Konflikte rund um öffentliche Straßen oder private Wege.

GEMEINDESPRECHTAGE DER LANDESVOLKSANWÄLTIN MAG.^A MARIA LUISE BERGER

LANDECK	Dienstag	06. September 2016, 10:00 Uhr
IMST	Dienstag	06. September 2016, 14:00 Uhr
REUTTE	Mittwoch	07. September 2016, 09:00 Uhr
TELS	Mittwoch	07. September 2016, 14:00 Uhr
WÖRGL	Donnerstag	08. September 2016, 09:00 Uhr
KUFSTEIN	Donnerstag	08. September 2016, 14:00 Uhr
JENBACH	Montag	12. September 2016, 14:00 Uhr
ST. JOHANN I.T.	Dienstag	13. September 2016, 10:00 Uhr
MATREI I.O.	Dienstag	13. September 2016, 15:00 Uhr
LIENZ	Mittwoch	14. September 2016, 09:00 Uhr
SILLIAN	Mittwoch	14. September 2016, 14:00 Uhr

Da nicht wenige Vorbringen aus dem Privatrecht resultierten, konnte nach einem positiven Gespräch mit dem Präsidenten der Tiroler Rechtsanwaltskammer eine Vereinbarung übernommen werden. Diese besteht darin, dass am Sprechtag in zivilrechtlichen Angelegenheiten Vorsprechende sogleich an einen Rechtsbeistand vor Ort zur kostenlosen Erstberatung vermittelt werden können.

Aus unserer Sicht stellt dies eine sehr wertvolle

Hilfe insbesondere für Menschen in Not dar. Hilfesuchende, die im Zivil- oder Strafrecht Probleme haben, können durch diese Vereinbarung sogleich eine kompetente Beratung erhalten. Diese kostenlose Beratung hat sich zu einem unverzichtbaren Bestandteil des angebotenen Services entwickelt, wofür die Landesvolksanwältin dem Präsidenten der Tiroler Rechtsanwaltskammer in ihrem wie im Namen der Tiroler Bevölkerung dankt.

1.7 ZUSAMMENARBEIT MIT SYSTEMPARTNERN

Zunehmend drückt viele Menschen in Tirol eine große finanzielle Not. Hier ist eine rasche und unbürokratische Hilfe besonders wertvoll. Die seit Jahren von der Landesvolksanwaltschaft gepflegte gute Zusammenarbeit mit den so wichtigen Systempartnern macht einen Erfolg für die Hilfesuchenden oft erst möglich. Die Landesvolksanwältin und der Behindertenansprechpartner bedanken sich für die finanzielle Unterstützung von Hilfesuchenden insbesondere beim „Netzwerk Tirol hilft“, dem Unterstützungsfonds der Arbeiter-

kammer, den Vinzenzgemeinschaften Tirols, den Ombudsleuten der Tiroler Gebietskrankenkasse und des Arbeitsmarktservices sowie der Matrikelstiftung Peerfonds.

„Mieten fressen Leben auf“, unter diesem Titel fand im Berichtsjahr im Treibhaus die 40-Jahrfeier des Vereins DOWAS, Durchgangsort für Wohnungs- und Arbeitssuchende, statt. Auch mit diesem sehr engagierten Verein pflegt die Landesvolksanwaltschaft seit Jahren eine enge Zusammenarbeit.



Vernetzungstreffen der Systempartner im AK-Bildungshaus Innsbruck

Wenn wegen Mietrückstandes eine Delogierung droht, ist eine rasche Hilfe besonders wichtig. Vom Land Tirol wurde eine landesweite Beratungsstelle zur Verhinderung von Delogierungen eingerichtet. Der Verein für Obdachlose hat mit 01. Jänner 2016 diese Aufgabe von der Landesvolkswirtschaft übernommen und zeichnet sich durch besondere fachliche Kompetenz und ein hohes Maß an Zielorientiertheit aus.

Die Beratungsstelle wird bei Mietrückständen bereits im „Mahnstadium“ tätig, weshalb in vielen Fällen eine Delogierung verhindert werden konnte.

Die Kontaktadresse lautet:

[Beratungsstelle Delogierungsprävention](#)

[6020 Innsbruck, Kapuzinergasse 43](#)

[Telefon 0512/581754, E-Mail: \[delo@barwo.at\]\(mailto:delo@barwo.at\)](#)

Da Hilfesuchende derzeit noch in die Landeshauptstadt fahren müssen, der Bedarf für Beratungen zur Delogierungsprävention aber zunehmend auch im ländlichen Bereich besteht, wäre eine Regionalisierung dringend notwendig, beginnend mit einer Außenstelle im Oberland und Unterland.

BEISPIELHAFTE FÄLLE AUS DER PRAXIS

Durch die nun folgende Darstellung von Praxisbeispielen soll ein besserer Einblick in die Tätigkeit der Landesvolksanwaltschaft gegeben werden. Ebenso wird die Themenvielfalt aufgezeigt, welche unsere Arbeit interessant, aber auch anspruchsvoll macht. Aus Datenschutzgründen wird auf die Bezeichnung der Behörde und des Beschwerdeführers verzichtet, da es nicht um ein „an den Pranger stellen“ von Dienststellen oder ihren Organen geht. Fehler passieren und Fehler zu machen ist menschlich. Wenn ein solcher auf Seiten der Behörde passiert ist, geht es daher nicht um eine Schuldzuweisung. Die Landesvolksanwältin hat die gesetzliche Möglichkeit, sich zu jedem Stand des Verfahrens einzubringen, womit sich der Handlungsspielraum zur Hilfeleistung deutlich erhöhen kann.

Selbstredend werden auch auf Seiten der Vorsprechenden häufig Fehler gemacht, sei es durch mangelnde Kommunikation oder nicht rechtzeitige Beibringung von Unterlagen. Eine vollständige und rechtzeitige Vorlage von Unterlagen ist für die Behörde als Entscheidungsgrundlage aber unerlässlich. Insbesondere wenn der Sachverhalt unvollständig oder verspätet vorgebracht wird, kann es zu unrichtigen oder unbilligen Entscheidungen kommen. Hier sollte auf Seiten der Antragsteller das Verständnis wachsen, dass sich in Zeiten von Personalsparmaßnahmen und zunehmender Gesetzesflut der Zeitdruck, unter dem die Behörde häufig entscheiden muss, ungünstig auswirken kann.

Eine gute Fehlerkultur in einer Gesellschaft oder Rechtsbeziehung bedeutet, dass man sich Fehlern nach Entdecken in konstruktiver Weise stellt. Wenn irgendwie möglich, können so Fehler rückgängig gemacht oder jedenfalls der Schaden begrenzt werden und in diesem positiven Tun für beide Seiten eine zumindest nicht nachhaltig negative Erfahrung mitgenommen werden.

Mit Beispielen aus der Praxis soll auch ein besseres Verständnis für die Aufgaben und die Arbeitsweise der Landesvolksanwältin geweckt und die Schwerpunktbildung veranschaulicht werden. Daneben hat eine auf konkrete Einzelfälle beruhende Darstellung zu rechtlichen Fragen mehr Aussagekraft als eine abstrakte und allgemeine Auseinandersetzung mit Rechtsfragen.

Nicht zuletzt haben die Abgeordneten des Tiroler Landtages die Darstellung von Einzelfällen im Jahresbericht vielfach als besonders aussagekräftig bezeichnet und sich für die Beibehaltung der fallbezogenen Ausführungen ausgesprochen. In diesem Bericht werden ausgewählte Fälle aus dem Jahr 2016 zu Themen- und Problembereichen, welche entweder häufiger oder für Vorsprechende ein besonders schwerwiegender Anlass für Beschwerden waren, dargestellt.

2.1 BAURECHT

BESPRECHUNGEN AN ORT UND STELLE BRINGEN MANCHMAL DIE LÖSUNG KOMPLEXER ANGELEGENHEITEN

Ein Bürger aus dem Unterland hat unter Mitnahme eines sehr umfangreichen Ordners in der Landesvolksanwaltschaft vorgesprochen. „Die Bürokratie schläft nie“, so leitete er das Beratungsgespräch ein. Im Rahmen dieser ersten Kontaktaufnahme erfolgte eine grobe Skizzierung der Problembereiche. Neben diversen baurechtlichen Angelegenheiten waren auch das Privatrecht und das Strafrecht betroffen.

Die Auflistung der einzelnen Verfahren beinhaltete einen Rechtsstreit mit der Gemeinde betreffend die Existenz mehrerer Wanderwege durch die landwirtschaftlichen Liegenschaften des Beschwerdeführers. Ebenso wird ein Rechtsstreit mit dem Grundnachbarn geführt, welcher sich bis zur Behauptung des Vorliegens einer gefährlichen Drohung und der Körperverletzung aufgeschaukelt hatte. Diverse Besitzstörungs- und Unterlassungsklagen betreffend eine Zufahrt standen im Raum. Für die Landesvolksanwaltschaft maßgebend waren jedoch die Beschwerden nach der Tiroler Bauordnung und hier betraf es seinen unmittelbaren Nachbarn. So sei das Dachgeschoss des nachbarschaftlichen Objektes ohne entsprechende baubehördliche Bewilligung zu einer weiteren Wohneinheit ausgebaut worden. Eine Holzlegere im Mindestabstandsbereich sei kurzerhand in eine Garconniere umfunktioniert und ein landwirtschaftliches Nebengebäude (Geräteschuppen) ohne baubehördliche Bewilligung ausgehöhlt und an einen anderen Ort am Grundstück verbracht worden; auch dieses

werde nun einem nicht landwirtschaftlichen Verwendungszweck zugeführt. Diverse Mängel in einzelnen Bauverfahren, wie beispielsweise die zu kurzfristige Anberaumung einer Bauverhandlung, wurden behauptet.

Diese Fülle von Beschwerden veranlasste die Landesvolksanwaltschaft nach Aufarbeitung und Abstimmung mit der betroffenen Gemeinde zur Anberaumung einer Besprechung im Gemeindeamt.

Die Besprechung ermöglichte eine Prüfung sämtlicher Beschwerdepunkte anhand der Bauakten der Gemeinde unter Mitwirkung des Bausachverständigen. Es konnte festgestellt werden, dass nur noch in einem Punkt ein relevanter baurechtlicher Mangel zu erblicken war, nämlich in der Frage der Verwendungszweckänderung von einer Holzlegere in eine Garconniere. In diesem Punkt wurde der Bauwerber, also der Nachbar des Beschwerdeführers, bereits von der Baubehörde aufgefordert, aktuelle Bestandspläne vorzulegen. Im weiteren Verfahren wird dann zu prüfen sein, ob tatsächlich eine Ferienwohnung errichtet wurde und in welcher Form der Abstandsreich zum Grundstück des Beschwerdeführers hergestellt bzw. geschützt werden kann. Die weiteren bau- und raumordnungsrechtlichen Angelegenheiten konnten für in Ordnung befunden werden.

Diese Besprechung hatte auch einen positiven Nebeneffekt: Es wurden die privatrechtlichen Streitigkeiten zwischen dem Beschwerdeführer und der Gemeinde erörtert. Hier konnte eine Annäherung in der Form erzielt werden, dass der Beschwerdeführer seine Klagen zurückziehen und die Gemeinde ein Projekt erstellen

wird, innerhalb dessen die Dienstbarkeiten geregelt und auch der vom Tourismusverband gewünschte Verlauf der Wanderwege umgesetzt werden solle.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass

ein für alle Beteiligten positives Ergebnis erzielt wurde und mit Hilfe der Landesvolksanwaltschaft diverse nachbarschaftliche Streitigkeiten beigelegt werden konnten.

2.2 BETRIEBSANLAGENRECHT

GEMEINSAM KONNTE EINE LÖSUNG GEFUNDEN WERDEN

In einer größeren Tiroler Gemeinde wurde nach Abriss des alten Objektes ein neues Einkaufszentrum errichtet und eröffnet. Nun erleiden die Nachbarn in den angrenzenden Wohnanlagen massive Beeinträchtigungen in ihrer Wohnqualität, insbesondere durch vermeidbaren Lärm und Verkehr sowie durch teils nicht notwendige Beleuchtung.

Im Rahmen eines Sprechtages beschwerten sich drei Nachbarn des vor einem Jahr in Betrieb genommenen Einkaufszentrums über nächtliche Ruhestörungen, welche von der Tiefgarage dieses Objektes ausgehen würden. So würden Jugendliche unter lauter Musikbegleitung in der Tiefgarage „feiern“ und verschiedenste Aktivitäten, wie Skateboarden, grundlose Auto- und Mopedfahrten, Reifen wechseln, usw. würden zu einer erheblichen Lärmbelastung führen. Die Tiefgaragenbeleuchtung erhelle bis 22:00 Uhr die zum Einkaufszentrum ausgerichteten Schlafräume und Kinderzimmer trotz zugezogener Vorhänge. Zu guter Letzt habe sich die Verkehrssituation zum Nachteil verändert, da sich Lieferanten und Kunden nicht an das in der Bau- und Gewerbeverhandlung

vorgestellte Verkehrskonzept halten würden. Zusammengefasst sei eine untragbare Gesamtsituation entstanden, die Immobilien hätten einen Wertverlust erlitten und die Privatsphäre habe durch die geänderte Verkehrssituation Einschnitte erfahren. Manche Anrainer seien gezwungen gewesen, ihre Gartenzäune zu erhöhen.

In derartigen Fällen prüft die Landesvolksanwaltschaft zunächst die Möglichkeit der Anwendung Öffentlichen Rechtes um den Missstand beheben zu können. So wurde von der Bezirksverwaltungsbehörde der gewerberechtliche Betriebsanlagenbescheid eingeholt. In diesem Bescheid konnte keine Auflage hinsichtlich einer verpflichtenden Abschränkung der Tiefgarage zur Nachtzeit vorgefunden werden. Die Warenanlieferung wurde im Projekt beschrieben, sie sollte von der für die Anwohner günstigen Südseite erfolgen. Die Zufahrt für die Fahrzeuge der Kunden führt über einen Kreisverkehr mit zwei Ausfahrtsmöglichkeiten. Jeder Kunde kann für sich entscheiden, ob er die für die Anrainer belastende Variante wählt oder ob er von der Südseite den Parkplatz anfährt. Eine Priorität für die bevorzugte Benützung einer der beiden Varianten ist nicht erkennbar. Zusammenfassend musste den

Anrainern in einer ersten Stellungnahme mitgeteilt werden, dass aus dem Inhalt des vorliegenden Bescheides zunächst keine Verbesserung der nächtlichen Situation zu erzielen ist. Daher hat sich die Landesvolksanwaltschaft entschlossen, den Betreiber des Einkaufszentrums schriftlich zu kontaktieren, zumal sich dieser anlässlich seiner Eröffnungsrede über die kooperativen Eigentümergespräche in der mehrmonatigen lärmintensiven Bauphase loblich geäußert habe.

„Die Anliegen der Anrainer werden sehr ernst genommen werden“, mit diesen Worten wurde das Antwortschreiben eröffnet. Der Großteil der von uns aufgezählten Probleme war dem Betreiber bereits bekannt. Auf die noch immer andauernde Umsetzungsphase des Verkehrskonzeptes wurde hingewiesen. Zur Zufahrtssituation im Besonderen wurde mitgeteilt, dass tatsächlich einige Male die anrainerbelastende Zu- bzw. Durchfahrt benutzt worden sei. Aus diesem Grunde seien die Fremdlieferanten und auch die eigenen Lieferanten nochmals schriftlich über den konkreten Anlieferweg inklusive Skizzen und Bilder einzeln informiert worden. Der Lkw-Verkehr soll dadurch anrainerfreundlicher abgewickelt werden. Die Tiefgaragen- und Parkplatzbeleuchtungen würden „ab sofort“

um 20:15 Uhr außer Betrieb genommen. Zum Themenkreis „Gelage in der Tiefgarage“ habe die Firma bereits Kontakt mit der Stadtpolizei aufgenommen. Seitens der Betreiber sei es absolut unerwünscht, dass derartige nächtliche Aktivitäten in der Tiefgarage stattfinden, die Situation werde daher streng beobachtet werden. In der Zwischenzeit seien Überwachungskameras installiert worden. Eine Abschränkung der Tiefgarage werde erst dann angedacht, wenn diese Sofortmaßnahmen nicht greifen sollten. Insgesamt betrachtet beinhaltet diese Stellungnahme ein erfreuliches Maßnahmenpaket. Sämtliche Nachbarn wurden seitens des Vorstandes der Handels AG bereits über die umgesetzten Maßnahmen schriftlich informiert, für die erlittenen Unannehmlichkeiten wurde eine kleine Entschädigung in Form eines Einkaufsgutscheines übermittelt.

Wie eine Rückmeldung eines Anrainers zu einem späteren Zeitpunkt zeigte, hat sich die Situation in der Tat stark verbessert, sodass sich der nächste Schritt, den die Landesvolksanwaltschaft angedacht hätte, nämlich bei der zuständigen Gewerbebehörde die Vorschreibung zusätzlicher Auflagen zum bereits bestehenden Betriebsanlagenbescheid anzuregen, erübrigte.

2.3 VETERINÄRRECHT

MISSTAND IM LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEB

Nicht akzeptable Schlachtungen von Schweinen – eine nicht alltägliche Beschwerde über eine bedenkliche Vorgangsweise bei Schlach-

tungen hat die Landesvolksanwaltschaft auf schriftlichem Wege erreicht.

So wurde vom Einschreiter ausgeführt: „Im Rahmen einer sozialen Institution zur Betreuung von Jugendlichen wird eine bäuerliche Einrichtung mit Tierhaltung geführt.

Die herangewachsenen Tiere, insbesondere Schweine, müssen dann geschlachtet werden und das Fleisch findet in der eigenen Einrichtung Verwendung. Prinzipiell eine positive Vorgangsweise, wenn da nicht die Umstände wären, unter denen die Schlachtung der Tiere in einem nahegelegenen landwirtschaftlichen Betrieb erfolgt. Die Schweine werden nach der Anlieferung bereits vor dem Schlachthaus im Hänger mit der Elektrozange betäubt und mit dem Messer am Hals geschnitten. Dann werden Sie vom Hänger auf den Vorplatz gerissen, wo sie ausbluten. Das Blut rinnt über den Platz zu einer offenen Rinne und von dort weiter in ein Rohr, dessen Verlauf unbekannt ist. Ebenfalls vor dem Schlachthaus werden mit einer Maschine die Borsten entfernt und erst dann werden die Tiere in das Schlachthaus zur Verarbeitung gebracht. Zu manchen Zeiten liegen 4 – 5 tote Schweine vor dem Haus auf dem Zufahrtsweg und werden erst dann der Reihe nach verarbeitet. Es sammeln sich Fliegen an und auch die eine oder andere Katze soll vorbeikommen. Aus meiner Sicht ist in der heutigen Zeit diese Vorgangsweise nicht erlaubt und auch vom Standpunkt der Hygiene gesehen sehr bedenklich. Normal werden Schlachtungen in sauberen und verfliesenen Schlachthäusern und nicht unter freiem Himmel durchgeführt. Zudem befinden sich in unmittelbarer Nähe übelriechende Mülleimer, in denen extrem riechende, schon ältere Schlachtabfälle gelagert sind.“ So der wörtliche Inhalt des Schreibens.

Zunächst hat die Landesvolksanwaltschaft die verantwortliche soziale Einrichtung direkt kontaktiert und um eine erste Stellungnahme ersucht. Es wurde mitgeteilt, dass sich seinerzeit die Suche nach einem verlässlichen Partner

für die Schlachtungen der eigenen Tiere als äußerst schwierig erwiesen habe und letztendlich doch dieser Betrieb gefunden worden sei, welcher neben einem kurzen Tiertransportweg eine möglichst stressfreie Schlachtung versprochen habe. Es sei behauptet worden, dass sämtliche Hygienerichtlinien und gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der Schlachtung eingehalten würden und die Zusammenarbeit mit den Behörden (Veterinärbehörde und Lebensmittelbehörde), dem Tierarzt und der Landwirtschaftskammer einwandfrei funktioniere. Mit einem kurzen Statement ausgedrückt: „Es ist alles in Ordnung!“

Mit dieser Darstellung zeigte sich die Landesvolksanwaltschaft nicht zufrieden und entschloss sich, den Amtstierarzt der zuständigen Bezirkshauptmannschaft einzuschalten. Dieser führte einen unangemeldeten Lokalaugenschein in der landwirtschaftlichen Schlachtstätte durch, welche schon seit mehr als 20 Jahren betrieben wird. Dabei konnte ein Großteil der behaupteten Missstände verifiziert werden. Aus veterinärhygienischer Sicht musste der Amtstierarzt beanstanden, dass die Enthaarungsmaschine vor der Verwendung gereinigt und desinfiziert werden muss und nur im Schlachtraum verwendet werden darf. Der Inhaber des Schlachtbetriebes wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Betäubung, Ausblutung und Enthaarung im Schlachtbetrieb zu erfolgen hat. Diese Vorgangsweise ist strikt einzuhalten, da ansonsten die Zulassung für die Schweineschlachtung entzogen wird.

Der Inhaber des Betriebes gab in der Folge zu Protokoll, er werde dafür sorgen, dass in Zukunft der Schlachtvorgang nur mehr entsprechend den gesetzlichen Vorgaben erfolgen werde. Eine Nachkontrolle in ca. einem

halben Jahr wurde vom Amtstierarzt vorweg angekündigt. Außerdem soll ein bereits konkret geplanter Zubau zum Schlachtraum für

die ordnungsgemäße Aufstellung der Enthaarungsmaschine sorgen.

2.4 NACHBARSCHAFTSRECHT

UNNÖTIGE LICHTIMMISSION DURCH GRELLES SCHEINWERFERLICHT

Ein Wohnungseigentümer in einer neu errichteten exklusiven Wohnanlage fühlt sich durch die Außenbeleuchtung einer großen Schule in seiner Wohnqualität massiv beeinträchtigt. Dies insbesondere, da diese Beleuchtung während der gesamten Nachtzeit und auch in den Ferien aktiviert ist.

„Es kann doch nicht sein, dass ich in meiner neuen Wohnung nun Spezialjalousien montieren lassen muss, damit mich dieses grelle Licht nicht mehr belästigt.“ Mit diesen Worten kontaktierte ein Bürger unter Vorlage einer Fotodokumentation die Landesvolkswirtschaft. Folgender Sachverhalt wurde im Rahmen dieses Beratungsgesprächs erhoben:

An der straßenabgewandten Seite einer großen Schule mit geschlossenem Schülerheim befindet sich ein Fahrradabstellplatz, welcher nach Einbruch der Dunkelheit beleuchtet wird. Diese Beleuchtung ist zweifellos als notwendig anzusehen, allerdings ist das sehr leistungsstarke Leuchtmittel so eingestellt, dass dieses auch direkt in die Räume einer neu errichteten Wohnanlage strahlt und die Wohn- und Schlafräume dadurch stark erhellt werden. Die Hausverwaltung dieses Objektes konnte im Rahmen einer Intervention über die Initiative mehrerer Miteigentümer nicht

den erhofften Erfolg erzielen.

Die Landesvolkswirtschaft hat daher mit dem Direktor dieser Schule Kontakt aufgenommen und einen durchdachten Lösungsvorschlag zur Vermeidung unnötiger Lichtimmissionen unterbreitet. So sollte die Beleuchtung ab 22:00 Uhr abgeschaltet werden, während der Ferienzeit sollte eine Beleuchtung zur Gänze vermieden werden und eine entsprechende Nachjustierung der Scheinwerfer könnte eine Lichtemission nach oben verhindern. Sowohl dem Standpunkt der Sicherheit für die SchülerInnen als auch dem Nachbarschaftsschutz wäre damit der nötige Stellenwert eingeräumt. Erfreulicherweise erreichte die Landesvolkswirtschaft eine Woche später ein Anruf der Schuldirektion: die Abschaltung während der Ferienzeiten könne zwar nicht erfolgen, da aufgrund des Internatsbetriebes eine durchgehende Beleuchtung des Fahrradabstellplatzes notwendig sei, in Zukunft werde eine Zeitschaltuhr installiert, welche die Beleuchtung ab 22:00 Uhr ausschaltete und eine Nachjustierung der Ausrichtung der Lichtquellen werde in Auftrag gegeben.

Dem Beschwerdeführer wurde dieses für ihn sehr erfreuliche und rasch erzielte Ergebnis mitgeteilt und er bedankte sich bei der Landesvolkswirtschaft im Rahmen einer Vorsprache.

2.5 STRASSENRECHT

SONDERGEBRAUCH AN LANDESSTRASSE ANGEBLICH OHNE ZUSTIMMUNG DES STRASSENVERWALTERS

„Anbei sende ich Ihnen ein Foto, woraus Sie sehen können, dass Herr XY in diesem Sommer 2016 eine steile Auffahrtsrampe zu seinem Haus auf öffentlichem Gut der Landesstraßenverwaltung errichtet hat. Es besteht hier die Gefahr, dass bei Regenfällen das abfließende Wasser auf die darunter liegende, stark befahrene Straße ungehindert abfließen kann und diese dadurch verschmutzt wird. Hiermit ersuche ich Sie zu ermitteln, wann dies straßenrechtlich, naturschutzrechtlich, wasserrechtlich und baurechtlich genehmigt wurde. Für Ihre Bemühungen bedanke ich mich im Voraus und verbleibe ...“.

Diese Eingabe in Form einer E-Mail erreichte das Büro der Landesvolksanwältin Anfang September 2016. Unverzüglich wurde ein Beschwerdeprüfungsverfahren eingeleitet, wobei zunächst die zentrale Rechtsfrage zu klären war, ob für diese Rampe der Straßenverwalter zum Sondergebrauch schriftlich zugestimmt hatte (§ 5 Abs. 1 des Tiroler Straßengesetzes) und weiters, ob in der Folge eine schriftlich eingeräumte Gestattung (§ 5 Abs. 6 lit. c des

Tiroler Straßengesetzes) verfasst worden ist. Eine Erhebung über das zuständige Baubezirksamt brachte ein negatives Ergebnis und ein nachträglicher Konsens war aufgrund der vorgefundenen Sachlage nicht erzielbar.

Die Konsequenz aus dieser gesetzwidrigen Situation war für die Landesvolksanwaltschaft, dass eine Beseitigung dieser Rampe vom Landesstraßengrund angestrebt werden musste. Eine erste vom Baubezirksamt formlos gesetzte Frist zur Entfernung war bereits fruchtlos verstrichen, weswegen der Mitarbeiter des Baubezirksamtes ein persönliches Gespräch vor Ort führte. Eine Erledigung bis zum Oktober des Berichtsjahres wurde seitens des Verpflichteten zugesichert. Natürlich wird die Einhaltung eines solchen „Versprechens“ seitens der Landesvolksanwältin auch überprüft. Die Nachkontrolle zeigte, dass die geschüttete Rampe in der Tat zurückgebaut wurde. Die Böschung wird in den kommenden Jahren begrünt sein und aus der Sicht der Landesstraßenverwaltung sind keine weiteren Maßnahmen vorzuschreiben. Der Fall ist als abgeschlossen anzusehen.

Dem Beschwerdeführer wurde dieses Prüfungsergebnis unter Beifügung eines Fotos vom Endzustand mitgeteilt.

2.6 NIEDERLASSUNGS- UND AUFENTHALTSRECHT

DIE STRAFE WAR NICHT GERECHTFERTIGT

Eine deutsche Staatsbürgerin erhält eine Geld-

strafe in der Höhe von € 100,- per Strafverfügung, weil sie sich nicht rechtzeitig um eine EWR-Aufenthaltsbescheinigung gekümmert habe.

Sie hat mit ihrer Partnerin ihren Traum verwirklicht und eine Almhütte in Tirol gepachtet. Jetzt soll in Kürze die Saison starten und als erstes bekommt sie eine Strafe.

Die Landesvolksanwaltschaft prüfte die Sach- und Rechtslage und kam zu dem Ergebnis, dass die Verhängung der Strafe nicht gerechtfertigt war. Aufgrund der Rechtsberatung formulierte die Betroffene ihren Einspruch:

„Es ist richtig, dass ich mich im September 2015 an der genannten Adresse melde-rechtlich erfassen habe lassen, weil ich diese Almhütte gepachtet habe und beabsichtige, sie ab Juni 2016 tatsächlich zu bewohnen. Die Saison eröffnet Mitte Juni 2016, ab dann ist die Almhütte für das Publikum geöffnet. Im Gesetz wird allerdings nicht auf den melderechtlichen Status abgestellt, sondern auf den tatsächlichen Aufenthalt. Hier kann ich nachweisen, dass ich mich lediglich angemeldet habe, um alles in die Wege zu leiten, die Umsatzsteuervoranmeldung und andere steuerrechtliche Erfordernisse zu erledigen, die Beschaffung des

betrieblich genutzten KFZ und die gewerbe-rechtlichen Schritte durchzuführen, damit ich dann im Juni nicht so viel auf einmal erledigen muss und mich auf die Vorbereitungsarbeit in der Hütte konzentrieren kann. Es wird darauf verwiesen, dass die Hütte auf knapp 2000 m liegt und im Winter nicht bewohnbar ist. Sie bleibt geschlossen und wird quasi eingemottet (kein Wasser, kein Strom, Gewerbe der Vorgänger war abgemeldet mit Oktober und meine österreichische Gewerbeberechtigung gilt ab 01.06.2016). Den tatsächlichen Aufenthalt hatte ich im letzten halben Jahr durchgehend nicht auf dieser Hütte, das kann ich auch belegen (Strom- und Wasserverbrauch in Deutschland, diverse andere Rechnungen, etc.).“

Der Einspruch hatte Erfolg und das Verfahren wurde noch in der 1. Instanz eingestellt. Die Almwirtin musste nichts bezahlen. Sie bedankte sich vielmals bei der Landesvolksanwaltschaft für die fachkundige Beratung und Hilfestellung.

2.7 RAUMORDNUNG UND GEWERBERECHT

EINE FAMILIE LEIDET UNTER UNZUMUTBARER LÄRMBELÄSTIGUNG

Eine Mutter wandte sich an die Landesvolksanwaltschaft, um sich über den Lärm, den ihr Nachbar andauernd erregt, zu beschweren. Es werde dort regelmäßig von früh am Morgen bis spät abends gearbeitet. Auch würden dort laute Besprechungen stattfinden. Weiters wür-

den Lastkraftwägen lautstark be- und entladen. Zudem sei ständiger Maschinenlärm hörbar. Der Nachbar wäre offiziell Landwirt, habe einen Geräteschuppen, eine Garage und ein Holzlager und bearbeite ständig Holz (hobeln, sägen, usw.) ohne Rücksicht auf Ruhezeiten. Für Arbeiten in der Dämmerung und in der Nacht verwende er einen sehr hellen Scheinwerfer, der die Familie zusätzlich beeinträchtige.

Im Zuge der Prüfung stellte sich heraus, dass der Nachbar keine passende Flächenwidmung für seine Aktivitäten vorweisen kann und sämtliche gewerberechtlichen Bewilligungen fehlen. In der Folge wurde auf unser Einschreiten hin zunächst von der Gemeinde die passende Widmung verordnet und dann von der Bezirksverwaltungsbehörde ein Verfahren zur Bewilligung der Betriebsanlage durchgeführt. Hierfür wurde ein lärmtechnisches Gutachten eingeholt, wischendurch sogar die Räumung des Stadels von der Behörde veranlasst, da sich der Nachbar

nicht an die Vorgaben der Behörde gehalten hatte. Zur Einhaltung der Ruhezeiten fanden sogar Polizeikontrollen statt. Schlussendlich erging der Bewilligungsbescheid der Gewerbebehörde. Darin wurden dem Landwirt nicht nur bestimmte Betriebszeiten vorgeschrieben, sondern er musste auch ein zusätzliches Tor gegen Lärm- und Lichtbelästigung einbauen.

Die Familie ist erleichtert, dass der Betrieb jetzt zumindest behördlich vorgegebene Betriebszeiten hat, die der Nachbar einzuhalten hat.

2.8 TIROLER MINDESTSICHERUNGSGESETZ

EINEN ANREIZ SCHAFFEN, WIEDER IN DIE BERUFSWELT ZURÜCKZUKEHREN

Nach einem Burn-Out befand sich eine Tirolerin in einem längeren Krankenstand und bezog Taggeld vom Arbeitsmarktservice (AMS) sowie zusätzlich Mindestsicherung. Sie wollte langsam wieder in die Arbeitswelt einsteigen und erhielt die Gelegenheit, bei einem Nachhilfeeinstitute anzufangen und Kinder in Kleingruppen zu unterrichten. Für drei Stunden in der Woche bezog sie zwar nur ein Taschengeld, aber es war ein erster Schritt in die Berufswelt. Sie meldete die Einkünfte der Mindestsicherungsbehörde und ging davon aus, dass auch diese den Schritt zurück ins Leben begrüßen werde. Umso größer war ihr Schock, als sie den nächsten Bescheid der Mindestsicherungsbehörde erhielt. Ihr wurde weit mehr gekürzt als sie dazuverdient hat. Auf ihren Anruf bei der Bezirksverwaltungsbehörde hin wurde ihr mitgeteilt, dass dies einfach so sei. „Einkünfte

sind zur Gänze zu berücksichtigen!“

Damit lohnte sich die Arbeit mit den Kindern jedoch finanziell nicht und sie wollte daher die Tätigkeit wieder aufgeben. Die Betroffene erkundigte sich aber vorsichtshalber noch bei der Landesvolksanwaltschaft.

Wir haben ihr mitgeteilt, dass nach § 15 des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes (TMSG) bestimmte Freibeträge bei der Berechnung des Einkommens nicht zu berücksichtigen sind. Einer der Anwendungsfälle trifft auf sie zu: die „Hilfesuchende“ muss seit mehr als sechs Monaten Grundleistungen beziehen und nach mehr als zwölfmonatiger Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Die schriftliche Auskunft der Landesvolksanwaltschaft leitete die Vorsprechende an die Mindestsicherungsbehörde weiter.

Die zuständige Sachbearbeiterin wandte sich an die Landesvolksanwaltschaft und erkundigte sich, wie man den Fall jetzt am besten lösen könne. Die Landesvolksanwaltschaft

regte eine Bescheidabänderung an, die rasch umgesetzt wurde. Damit erhält die Betroffene Mindestsicherung in früherer Höhe und zusätzlich bleibt ihr das „Taschengeld“ aus der Nachhilfe. Eine Nachfrage zu einem späteren Zeitpunkt ergab, dass sie die geringfügige Beschäftigung über 9 Monate durchgehalten hatte. Im Spitzenmonat war sie 15 Stunden

pro Woche tätig und hat nun die Zusage, in Kürze halbtags angestellt zu werden. Dann wird sie ein Gehalt beziehen, mit dem sie keine Mindestsicherung mehr benötigt. „Ohne diesen langsamen Einstieg hätte ich mir nie zugetraut, wieder halbtags arbeiten zu gehen“, so die dankbare Rückmeldung.

2.9 MINDESTSICHERUNG – SICHERUNG DES LEBENSUNTERHALTES

EINKOMMEN, WIE ZUM BEISPIEL DIE NOTSTANDSHILFE, VERRINGERN DIE MINDESTSICHERUNG

Eine alleinerziehende Mutter und Notstandshilfebezieherin, die für sich und ihre minderjährige Tochter unterstützende Mindestsicherung bezog, wandte sich hilfeschend an uns.

Nach den vorgelegten Unterlagen wurde von der Mindestsicherungsbehörde bei der Berechnung der Mindestsicherung die Leistung des Arbeitsmarktservice von rund € 400,- pro Monat wie im Tiroler Mindestsicherungsgesetz vorgesehen als Einkommen berücksichtigt, weshalb die mögliche Mindestsicherung um € 400,- reduziert wurde. Tatsächlich aber hatte das Arbeitsmarktservice mit der Begründung, die Genannte habe einen Termin für eine Vorsprache nicht eingehalten, mittels Bescheides die Hälfte der Notstandshilfe als Sanktionsmaßnahme einbehalten. Damit standen Mutter und Kind zur Bestreitung des Lebensunterhaltes € 200,- im Monat weniger zur Verfügung.

Bei Prüfung der Sachlage stellte sich heraus, dass die Betroffene aufgrund einer Erkrankung den Vorsprachetermin beim Arbeitsmarktservice telefonisch abgesagt hatte. Über unsere Kontaktaufnahme mit dem Arbeitsmarktservice konnte die Partei das Missverständnis aufklären. Das Arbeitsmarktservice reagierte rasch und zahlte die einbehaltene Notstandshilfe binnen weniger Tage wieder aus. Damit war der Lebensunterhalt von Mutter und Tochter gesichert. In der Folge erhielt die Betroffene die Notstandshilfe wieder in ungekürzter Höhe. Zwischenzeitlich ist sie aufgrund einer Arbeitsaufnahme nicht mehr auf Fremdhilfe angewiesen.

2.10 MINDESTSICHERUNG – LEBEN OHNE ABHÄNGIGKEIT VON ELTERN

AUCH ERWACHSENE BEHINDERTE MENSCHEN HABEN EIN RECHT AUF EIN SELBSTÄNDIGES LEBEN

Einer 30-jährigen mehrfach behinderten Frau, die auf Unterstützung in Pflege und Betreuung im elterlichen Haushalt angewiesen ist und seit Geburt dort wohnt, wurde von der Bezirksverwaltungsbehörde die Kostenübernahme für eine eigene Wohnung abgelehnt. Die Behörde begründete dies damit, dass sie bei den Eltern wohnen könne und daher eine Notlage im Sinne des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes (TMSG) nicht vorliegen würde.

Eines der Ziele des TMSG ist die Förderung des selbständigen Lebens, verbunden mit der Wahrung der persönlichen Freiheit. Aufgrund

des Umstandes, dass die Betroffene unter der Wohnungssituation und der damit verbundenen Abhängigkeit von ihren Eltern litt und dem Behindertenansprechpartner der Wunsch nach einem eigenen Heim auch zur Entfaltung der Persönlichkeit absolut gerechtfertigt erschien, wurde mit der Bezirksverwaltungsbehörde Kontakt aufgenommen.

Im Zuge eines persönlichen Gespräches mit der Sachbearbeiterin konnte nach Darlegung sowohl der rechtlichen als auch der persönlichen Situation der Betroffenen erwirkt werden, dass die Kosten für die in der Nähe des Elternhauses befindliche Wohnung aus Mitteln der Mindestsicherung ersetzt werden. Damit ist in Zukunft der Betroffenen ein Leben ohne (finanzielle) Abhängigkeit von den Eltern möglich.

2.11 REHABILITATIONSGESETZ – TEILHABE

MOBILE BEGLEITUNG (MOBE) – EIN GUTES NETZWERK BESCHLEUNIGT DIE HILFELEISTUNG

Ziel der Mobilen Begleitung (MOBE) ist, behinderte Menschen in der selbständigen Lebensführung zu unterstützen. Die Kosten dafür trägt das Land Tirol.

Der geistig behinderte, erwachsene Sohn der Vorsprechenden wurde seit längerer Zeit von einer großen Einrichtung im Behindertenbereich über die MOBE an zwei Tagen in der

Woche, Montag und Freitag, begleitet. Aufgrund zunehmender Schwierigkeiten mit einer Betreuungsperson, die am Montag im Einsatz war, zeigte der Behinderte Auffälligkeiten bis hin zur Schlafstörung. Auch die Mutter und Sachwalterin des Sohnes war mit der Qualität der Betreuung an diesem Tag nicht mehr einverstanden und forderte daher eine Ablöse dieser Betreuungsperson, was die Facheinrichtung ablehnte. Die Mutter fasste daher in Absprache mit ihrem Sohn den Entschluss, den Montag als Betreuungstag nicht mehr zu

konsumieren. Die Behindertenfacheinrichtung reagierte unprofessionell und verweigerte daraufhin die Verlängerung des Betreuungsvertrages. Die zuständige Fachabteilung des Landes nahm diese Entscheidung zur Kenntnis, blieb jedoch bei der Finanzierungszusage für die zweitägige Mobile Begleitung.

So war die Situation gegeben, dass dem Betroffenen zwar eine Finanzierungszusage durch das Land Tirol vorlag, er jedoch aufgrund des Umstandes, dass es zur MOBE lange Wartezeiten gibt, keine Fremdhilfe von einer anderen Fachbetreuungseinrichtung im Behindertenbe-

reich bekam und die Mutter die Betreuungsarbeit alleine übernehmen musste.

Da dieser Umstand für Mutter und Sohn zunehmend belastender wurde, hat sich der Behindertenansprechpartner eingeschaltet und mit anderen Facheinrichtungen Kontakt aufgenommen und gebeten, für den Sohn die MOBE zu übernehmen. Diese Bemühungen waren dann auch erfolgreich und die MOBE wurde von einer anderen Behindertenfacheinrichtung fortgesetzt.

„Sie haben meinem Sohn und mir sehr geholfen“ – so die dankbare Mutter.

2.12 AGRARRECHT

Bei diesem Fall geht es um Agrarrechte allgemein und um Einschränkungen von Agrarrechten und agrarischen Funktionen.

Der Beschwerdeführer wandte sich als Obmann einer Agrargemeinschaft an die Landesvolkswirtschaft, da er hinsichtlich der zukünftigen Rechtsstellung seiner Agrargemeinschaft und für deren Mitglieder Einschränkungen befürchtete. Seitens der Landesvolkswirtschaft wurden die eingegebenen Unterlagen geprüft und anschließend die zuständige Fachabteilung beim Amt der Tiroler Landesregierung befasst. Der dort vorliegende Akt wurde gemeinsam abgeglichen bzw. einer Detailprüfung unterzogen. Zusätzlich wurde der vom Amt vorgelegte und für die Agrargemeinschaft empfohlene Satzungsentwurf einer gemeinsamen Begutachtung unterzogen. Zudem gab es einen Abgleich der Interessen der Agrargemeinschaft mit den landesgesetzlichen Vorschriften und agrarischen höchstrichterlichen Entscheidun-

gen. Der finale, durch die Agrarbehörde und mit der Landesvolkswirtschaft sowie Agrargemeinschaft abgestimmte, abschließend vorgelegte Satzungsentwurf war in Folge auch die Grundlage für die Vollversammlung der besagten Agrargemeinschaft. Somit konnte schlussendlich eine gemeinsame Lösung und Akzeptanz der Satzungen durch alle Agrargemeinschaftsmitglieder erreicht werden.

Dieses Beispiel zeigt auf, dass auch Verwaltungsbehörden und Oberbehörden durchaus sehr positiv bemüht sind nicht nur regelnd tätig zu sein, sondern auch helfen, gemeinsame und tragfähige Lösungen für derartige Interessensgruppen herbeizuführen. Letztlich konnte die Landesvolkswirtschaft auch hier für alle Beteiligten positive Lösungsansätze vermitteln.

2.13 EU-RECHT

GRENZÜBERSCHREITENDE MEDIZINISCHE LEISTUNGEN

Im Beschwerdefall ging es um die Rückvergütung ambulanter Leistungen im Rahmen einer grenzüberschreitenden Betreuung einer Patientin.

Eine Südtiroler Bürgerin aus der Autonomen Provinz Bozen wandte sich an die Landesvolksanwaltschaft, da sie Zweifel an der ordnungsgemäßen Kostenberechnung medizinischer Leistungen hatte und ersuchte, ihr diesbezüglich Hilfestellung zu geben und die Angelegenheit zu prüfen.

Im gegenständlichen Fall war zwar die Landesvolksanwaltschaft in Tirol aufgrund des Sachverhaltes, der sich in Bozen ereignet hatte, nicht zuständig, sie konnte aber mit den bestehenden Netzwerken und durch Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in Südtirol die Angelegenheit klären.

Dabei stellte sich heraus, dass die Kostenrückstattung auf der Basis erbrachter auswärtiger medizinischer Leistungen gemäß der EU-Richtlinie 2011/24/EU deshalb nicht erfolgte, da die Beschwerdeführerin die gesetzliche Einreichfrist von 60 Tagen ab Leistungserbringung für die vorzulegenden Unterlagen versäumte hatte. Dies obwohl sie von der zuständigen Stelle in Südtirol sogar nachweislich vorab darauf hingewiesen worden war, die Rechnungen beim zuständigen Gesundheits- und Sozialsprengel abzugeben.

Dem Rekurs, den die Beschwerdeführerin erhoben hatte, wurde somit nicht stattgegeben. Obwohl in diesem Fall kein positives Ergebnis für die Betroffene mehr erreicht werden konnte, da die Rechtsmittel erschöpft waren und der Umstand der Entscheidungen im nicht zeitgerechten Handeln der Beschwerdeführerin selbst lag, konnte zumindest der Sachverhalt genauestens geprüft und in Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und der Südtiroler Landesvolksanwaltschaft geklärt werden. Erfreulich ist jedoch, dass die Ämter des Südtiroler Sanitätsbetriebes gemäß den dortigen landesgesetzlichen Bestimmungen korrekt gehandelt haben.

Dieser Fall ist ein Beispiel dafür, dass Volksanwaltschaften eine gute Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger sind. Dort werden sie beraten und – falls erforderlich – an die richtigen Stellen weitergeleitet. Diese Form einer im Rahmen eines erweiterten Bürgerservices grenzüberschreitenden Zusammenarbeit spricht auch für die Qualität der Arbeit in einer regionalen Ombudsstelle, nicht nur in Tirol sondern auch in anderen europäischen Ländern. Einfache, zwischenstaatliche Erledigungsformen sind nur möglich, wenn auf dieser Ebene gemeinsame und gleichwertige Netzwerke bestehen und zudem eine gemeinsame unkomplizierte Zusammenarbeit erfolgt.

2.14 EXISTENZGEFÄHRDUNG

Eine Tirolerin vermietete Zimmer an Arbeiter verschiedener Firmen und wandte sich an die Landesvolksanwaltschaft, da eine Firma die vereinbarte Miete nicht zahlte.

Bei diesem Fall geht es um die Existenzgefährdung einer Rentnerin, die zwei Zimmer an Leasingarbeiter einer Großfirma vermietete. Aus diesen Mieteinnahmen hat sie ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, da sie aufgrund ihres Lebensverlaufes keine ausreichenden Pensionsversicherungszeiten hat und somit auch keine Pension erhält oder erhalten kann. Damit – wie sie mitteilte – komme sie gut über die Runden, aber es darf nicht zu einem Ausfall der Mieteinnahmen kommen, zumindest nicht längerfristig.

Im Konkreten hatte die Firma beide Zimmer über einen längeren Zeitraum für ihre Arbeiter angemietet und leistete anfänglich die Mietzahlungen monatlich pünktlich. Später kamen die Zahlungen dann unregelmäßig und in längeren Abständen. Irgendwann bekam die Pensionistin dann ein Schreiben des Masseverwalters, dass die Firma insolvent sei und sie ihre Forderungs-

ansprüche geltend machen solle.

Daraufhin wandte sie sich an die Landesvolksanwaltschaft, von der sie dahingehend beraten wurde, wie sie ihre Forderung geltend machen könne und es wurde auch der Kontakt zum Masseverwalter, der anfänglich nicht für sie erreichbar war, hergestellt.

Obwohl es sich um keine bevorrechtete Forderung handelte, konnte die Geschädigte mit dem Masseverwalter erreichen, dass ihre Forderung noch anerkannt wurde und schlussendlich entsprechende Berücksichtigung fand.

Dieser Fall soll aufzeigen, dass die Landesvolksanwaltschaft, auch wenn sie in verschiedenen Angelegenheiten formell und sachlich nicht zuständig ist, im Rahmen der Beratungen dennoch oft helfen kann. Der Artikel 59 Abs. 2 der Tiroler Landesordnung 1989 und das Ausführungsgesetz über den Tiroler Landesvolksanwalt sind hervorragende rechtliche Grundlagen, wonach den Menschen im Land Tirol bestmöglich Rat und Hilfe zuteil werden kann.

2.15 ABFALLWIRTSCHAFTSGESETZ

OFT GENÜGT EINE EINFACHE NACHFRAGE

Ein Anrainer einer Bodenaushubdeponie sprach bei der Landesvolksanwaltschaft vor und schilderte seinen Leidensweg:

„Die Zufahrtswege zur Deponie sind derzeit

komplett ausgetrocknet und die Lastkraftwagen wirbeln bei der Anlieferung des Materials unzumutbare Mengen an Staub auf. Dieser zieht in großen Staubwolken über die angrenzenden Häuser hinweg.

Der Betreiber hält die vorgeschriebenen Auf-

lagen nicht ein. Der Boden müsste regelmäßig mit Wasser befeuchtet werden und bei starkem Wind dürfte keine Anlieferung erfolgen.“

Die Landesvolksanwaltschaft leitete die Beschwerde an die zuständige Fachabteilung des Landes weiter und ersuchte um Prüfung sowie Veranlassung weiterer Maßnahmen. Diese schrieb den Deponiebetreiber an und forderte ihn zur Stellungnahme auf. Der Deponiebetreiber behauptete, alle Auflagen einzuhalten. Bei der darauffolgenden Kont-

rolle fanden die zuständigen Aufsichtsorgane keinen Anlass zur Beanstandung.

Der Anrainer wurde von der Landesvolksanwaltschaft knapp einen Monat später kontaktiert, um nachzufragen wie sich die Situation vor Ort entwickelt hat.

Er war sehr zufrieden, bedankte sich mehrmals und betonte, dass sich die Situation seit dem Einschreiten der Landesvolksanwaltschaft und der Fachabteilung wesentlich verbessert habe. Der Deponiebetreiber wird jedenfalls im Auge behalten!

BEHINDERTENANLIEGEN

2.16 AUSGANGSLAGE

Die Einrichtung der Stelle des „Behindertenansprechpartners“ wurde vom Landtag Ende 1999 mit Wirkung Jänner 2000 beschlossen und mit Dr. Christoph Wötzer besetzt. Es ist eine Einrichtung mit Sitz bei der Landesvolksanwaltschaft und der Möglichkeit der Nutzung des Büros bei der Landesvolksanwältin für administrative Arbeiten. Die zeitliche Verfügbarkeit beträgt 20 Stunden pro Woche.

Im Jahre 2016 haben 838 Menschen mit Behinderung bzw. deren Angehörige mit dem Behin-

dertenansprechpartner Kontakt aufgenommen.

ARBEITSFELDER DES BEHINDERTENANSPRECHPARTNERS

Im Zuge der Entwicklung über 16 Jahre haben sich aus der Notwendigkeit heraus folgende Aufgabenfelder ergeben:

- Rechtliche Beratung von Menschen mit körperlicher, psychischer und altersbedingter Behinderung und deren Angehörige in allen Bereichen, wo möglich



Behindertenansprechpartner HR Dr. Christoph Wötzer

- Beratung zur Versorgung von pflegebedürftigen Personen (stationäre und häusliche Versorgung samt Kostenfragen) und zu Pflegegeldverfahren
- Einzelbetreuung und Begleitung soweit zeitlich möglich
- Beratung zu finanziellen Hilfen von Menschen mit Behinderung (Ankauf von Hilfsmitteln wie z.B. Badelifter, Finanzierung von Rehabilitationsmaßnahmen, Therapien und Erholungsurlaub zur Entlastung der pflegenden Angehörigen)
- Weitervermittlung der Betroffenen an Facheinrichtungen (Brückenbaufunktion)
- Besuche von Fachtagungen, Arbeitssitzungen und Veranstaltungen (Vernetzungsarbeit)
- Wegbereiter zur bedarfsgerechten Umsetzung der UN-Konvention.

Der Behindertenansprechpartner ist mit seinen Aufgabenfeldern und dem Wandel der Bedürfnisse der älteren Generation samt neuen Herausforderungen im Behindertenbereich wie die ambulante Betreuung (damit die

Betroffenen zu Hause bleiben können), aber auch mit Themen wie Sachwalterschaft und Übergabsverträge stark gefordert. Aufgrund der Spezialisierung der Fachstellen gibt es aber in Tirol derzeit keine ähnliche Einrichtung, die Beratung „aus einer Hand“ – also umfassend – anbietet. Diese qualifizierte Arbeit für die BürgerInnen kostet Zeit.

Deshalb leistet die Abteilung Soziales, Referat Rehabilitation, derzeit für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige nahezu das gesamte Beschwerdemanagement und wirkt neben dem Behindertenansprechpartner als Anlaufstelle für rechtliche Fragen, Auskunftsstelle für Verfahren zu Therapien und Heilbehelfen, Servicestelle für Betroffene (Begleitung im Einzelfall, Hilfen bei Verfahren und der Mittelaufbringung in verschiedenen Bereichen) und anderes mehr.

GESETZLICHE ZUSTÄNDIGKEITEN

Nach dem Tiroler Rehabilitationsgesetz 1983 (RehabG) ist für die im Gesetz angeführten Maßnahmen der Behindertenhilfe das Land Tirol zuständig.

Nach § 17 Abs. 1 RehabG hat das Land „dafür zu sorgen, dass in ausreichendem Maß geeignete Einrichtungen zur Gewährung von Rehabilitationsmaßnahmen nach diesem Gesetz zur Verfügung stehen“.

§ 17 Abs. 2 RehabG beinhaltet die Möglichkeit für das Land „eigene Einrichtungen zu schaffen, oder mit Einrichtungen, deren Eignung festgestellt wurde, Vereinbarungen über deren Mitarbeit im Bereich der Rehabilitation zu schließen“. So leisten im Auftrag des Landes beispielsweise der Mobile Hilfsdienst oder die Lebenshilfe Dienste im Behindertenbereich.

UN-Konvention – „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ vom 13. Dezember 2006

Die UN-Konvention ist seit Oktober 2008 durch das Bundesgesetz Nr. 155/2008 für Österreich geltend und geht mit ihren Bestimmungen in Richtung Zukunft.

Schwerpunkte der UN-Konvention

- Zentraler Begriff ist die „Teilhabe“ der Menschen mit Behinderung
- Behinderung wird ursachenunabhängig und altersunabhängig gesehen
- Orientierung erfolgt am Bedarf der Menschen mit Behinderung mit Schwerpunktsetzung Lebensqualität
- Selbstbestimmung und Wahlfreiheit der Betroffenen hinsichtlich Betreuungsstruktur
- Es herrscht ein ganzheitliches Verständnis von Betreuung

„Teilhabe“ von Menschen mit Behinderung

im Sinne der UN-Konvention

bedeutet „gleichberechtigte Teilhabe“ am gesellschaftlichen Leben und am rechtlichen Bereich.

„Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“

beinhaltet den gleichberechtigten und gemeinsamen Zugang zu verschiedensten (öffentlichen) Angeboten wie

- barrierefreie Teilnahme an Veranstaltungen
- barrierefreie Kommunikation (Behörden, Ärzte, Lehrer)
- barrierefreie relevante (rechtliche) Informationen z.B. im Format „Leichter Lesen“
- persönliche Assistenzleistungen
- sportliche Aktivitäten, Urlaubsreisen und soziale Aktivitäten

„Teilhabe am rechtlichen Bereich“

beinhaltet Rechte und Ansprüche von Menschen mit Behinderung auf

- Kurzzeitpflege, Heim- und Anstaltspflege
- Mindestsicherung
- Pflegegeld
- psychosoziale Begleitung und persönliche Assistenz

Auf Bundesebene wurde mit dem „Nationalen Aktionsplan“ (NAP) beschlossen, zentrale Themenbereiche bis zum Jahr 2020 österreichweit umzusetzen.

Das Tiroler Rehabilitationsgesetz 1983 ist nicht mehr zeitgemäß und an die Vorgaben der UN-Konvention (Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006) anzupassen.

Aufgrund dieser Sach- und Rechtslage im Behindertenbereich wurde das Orientierungs- und Strategiepapier „Novellierung des Rehabilitationsgesetzes 1983 – Anregungen des Behindertenansprechpartners zur Umsetzung der UN-Konvention“ vom 16.03.2017 ausgearbeitet, das Möglichkeiten aufzeigt, Behindertenarbeit in unserem Land zukunftsorientiert zu gestalten. Darin finden sich Überlegungen zur Planungs- und Umsetzungsarbeit ebenso wie zur Einrichtung einer bedarfsgerechten Ombudsstelle. Die Richtungsvorgabe ist Aufgabe der politischen Entscheidungsträger.

Die folgenden Ausführungen sind diesem Konzept entnommen:

2.17 UMSETZUNG DER UN-KONVENTION

ADAPTIERUNG DES TIROLER REHABILITATIONSGESETZES 1983

Art. 4 UN-Konvention normiert die Verpflichtung für die Länder, Inhalte der UN-Konvention „umzusetzen“. Dies beinhaltet auch den Auftrag, bestehende Gesetze auf Landesebene dahingehend zu überprüfen, ob die durch die UN-Konvention garantierten Rechte ausreichend umgesetzt sind. Ist dies nicht gegeben, so ist der Landesgesetzgeber dazu verpflichtet, die jeweiligen Gesetze entsprechend zu ändern bzw. zu erweitern.

ANREGUNG

Es wird daher angeregt, im Nachfolgegesetz zum Tiroler Rehabilitationsgesetz die Grundsätze der UN-Konvention umzusetzen und die Leistungen aufgrund der damit verbundenen Rechtssicherheit wo möglich als Pflichtleistungen zu formulieren.

Erläuterung: Bisher besteht nach dem RehabG auf die Mehrheit der Leistungen ein „Rechtsanspruch“, d.h. die Entscheidung erfolgt „hoheitlich“ und mit „Bescheid“ samt der Möglichkeit für die Betroffenen, diese Entscheidung über eine (von Laien machbare) „Beschwerde“

an das Landesverwaltungsgericht prüfen zu lassen. Das Beschwerdeverfahren ist für die Betroffenen kostenfrei.

Die Überlegungen, den Leistungsbezug „privatrechtlich“ zu regeln, also ohne Bescheid nur mit „einfachem Schreiben“, bedeutet, dass den Betroffenen die Möglichkeit einer verwaltungsinternen Prüfung genommen wird.

Die Behörde ist zwar im „Privatwirtschaftsbereich“ an den Gleichheitsgrundsatz gebunden (gleiche Voraussetzungen bedeuten ein Recht auf gleiche Entscheidung), die Prüfung ist jedoch nur über die Gerichte und mit Klage möglich. Dafür brauchen Betroffene anwaltliche Beratung und sie tragen im Verfahren das Kostenrisiko. Diesen Weg werden viele Menschen mit Behinderungen aus Kostengründen

nicht gehen und damit in vielen Fällen Leistungen nicht erhalten, die sie dringend benötigen. Damit erfolgt für die Betroffenen eine deutliche Schlechterstellung und viele Betroffene werden zu Bittstellern.

Die UN-Konvention beinhaltet keine Zeitvorgabe

Die (rechtliche) Umsetzung der gesetzlichen Maßnahmen ist für Österreich durch die Ratifizierung verpflichtend. Die UN-Konvention sieht dafür jedoch keinen Zeitraum vor. Die Erarbeitung und die Umsetzung eines „Bedarfs- und Entwicklungsplanes“ (als strukturelle Maßnahme) sowie eines „Landesetappenplanes“ (für Individuallösungen) bieten hier sehr geeignete Lösungsansätze.

2.18 BEDARFS- UND ENTWICKLUNGSPLAN

„Wer nicht plant, der wird geplant“ – ist eine alte Weisheit.

Der bis heute fehlende landesweite Bedarfs- und Entwicklungsplan zum stationären wie auch teilstationären/ambulantem Bereich führte zu unterschiedlichen und oft auch nicht bedarfsdeckenden Angeboten für Betroffene in den Bezirken. Beispielsweise ist die Versorgung im Bezirk Schwaz als „sehr gut“ einzustufen, jene im Bezirk Reutte als „gerade noch genügend“. Individuelle Maßnahmen und die punktuelle Schließung der Versorgungslücken durch die Fachabteilung können eine Entwicklungsplanung im Behindertenbereich nicht ersetzen. Versäumnisse der öffentlichen Hand in diesem Bereich führen dazu, dass sich die Facheinrichtungen den Weg selbst vorgeben.

Es ist notwendig, hier zu agieren und nicht nur zu reagieren.

ANREGUNG

Es ergeht daher – wie seit dem Jahr 2000 regelmäßig in den Jahresberichten ausgeführt – die Anregung, für die zukunftsorientierte Entwicklung im Behindertenbereich einen Bedarfs- und Entwicklungsplan zu erarbeiten und die Verpflichtung dazu gesetzlich zu verankern.

Ähnlich der Verpflichtung der Fachabteilung zur Erstellung eines Bedarfs- und Entwicklungsplanes für den stationären Alten- und Pflegebereich im Tiroler Heimgesetz 2005 bietet das Nachfolgegesetz des Tiroler Rehabilitationsgesetzes eine Möglichkeit zur Auf-

nahme einer Verpflichtung der Fachabteilung zu diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan im Behindertenbereich. Der damit verbundene

personelle Mehraufwand ist in den Überlegungen zu berücksichtigen.

2.19 LANDESETAPPENPLAN

In Ergänzung zum Bedarfs- und Entwicklungsplan beinhaltet ein „Landesetappenplan“ die Umsetzung von Themenbereichen im Sinne der UN-Konvention samt Festlegung eines Zeitplanes. Damit wird erreicht, dass die Umsetzungsmaßnahmen (zeitlich) verbindlich werden.

Die Bundesländer Steiermark und Kärnten setzen unter Einbindung der dort eingerichteten Behindertenanwaltschaften solche „Etappenpläne“ – nach jahrelangen Vorbereitungsarbeiten – bereits um. Aufgrund dieser reichhaltigen Erfahrungen können die Themenfelder eines „Landesetappenplanes“ wie folgt angenommen werden:

- Barrierefreiheit
- Berufliche Karriere
- Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit
- Bildung
- Gesundheit und Gewaltschutz
- Gleichstellung
- Selbstbestimmung
- Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Daten und Statistik

Erfahrungen bei der Erstellung eines „Landesetappenplanes“ der Bundesländer Steiermark und Kärnten sind ohne Probleme auf die Tiroler Verhältnisse übertragbar.

Ohne Etappenplan wird die Umsetzung der UN-Konvention Stückwerk bleiben!

ANREGUNG

Es wird daher die Erarbeitung eines Landesetappenplanes mit folgendem Inhalt angeregt:

- Bestandsaufnahme zu den genannten Themenbereichen
- Maßnahmenkatalog zur Umsetzung
- Verbindlicher Zeitplan zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen

2.20 EINRICHTUNG VON ANLAUFSTELLEN

BESTANDSAUFNAHME

Nach Art. 33 UN-Konvention haben die Länder „Anlaufstellen für Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Durchführung“ der entsprechenden Maßnahmen „einzurichten“. Auf dieser Basis wurde der Tiroler „Monitoringausschuss“ durch Landtagsbeschluss eingerichtet. Zudem hat die zuständige Landesrätin, Dr.ⁱⁿ Christine Baur, zu dieser Frage eine Expertengruppe bestehend aus dem Monitoringausschuss, dem Behindertenansprechpartner, der Servicestelle für Gleichbehandlung und Antidiskriminierung, dem Behindertenbeirat und der Abteilung Soziales eingerichtet. Im Zuge der ersten Arbeitssitzung am 29. Juni 2015 wurde von den ExpertInnen eine „Bestandsaufnahme“ zu den Diensten der Landesstellen und auch der Bundesstellen (Behindertenanwalt, OPCAT, Sozialministeriumservice, Wohnernvertretung) angeregt.

Unter der Federführung des Behindertenansprechpartners wurde in der Folge bis Oktober 2015 eine „Bestandsaufnahme“ erarbeitet. Sie zeigte zusammenfassend, dass in der Arbeit

der Landesstellen viel Einsatzbereitschaft und Engagement besteht, für manche Arbeitsfelder fehlt aber die Zeit. Diesbezüglich besondere Schwachstellen sind der Planungsbereich und die Situation für Menschen mit geistigen Behinderungen. Es fehlt eine Anlaufstelle beim Land Tirol. Kommunikation innerhalb der Landesstellen für ein gemeinsames effektives Handeln scheidet oft am Zeitfaktor. Landesstellen werden mit ihren Initiativen und Anregungen oft nicht gehört bzw. Anregungen werden nicht umgesetzt.

Die Behandlung der Beschwerden liegt allein bei der Fachabteilung, die das RehabG auslegt, administriert sowie Facheinrichtungen finanziert und kontrolliert. Vom Umfeld wird daher besonders ein neutrales Beschwerdemanagement eingefordert.

Der Vertreter der Abteilung Soziales sieht die notwendige Objektivität im Beschwerdeverfahren gegeben.

In der zweiten Sitzung der Expertengruppe am 11. Jänner 2016 wurde diese „Bestandsaufnahme“ besprochen, der Begriff „Zukunftsorientierte Ombudsstelle“ geprägt und ein endgültiges Profil zu dieser Stelle verabschiedet.

2.21 ZUKUNFTSORIENTIERTE OMBUDSSTELLE

ANFORDERUNGSPROFIL (ALS ERGEBNIS DER EXPERTENGRUPPE)

a) Individuelle Maßnahmen

- Anlaufstelle für Menschen mit psychosozialen Problemen

- Einzelberatung (gesetzliche Möglichkeiten, Therapien, Heilbehelfe etc.)
- Neutrales Beschwerdemanagement

b) Regionalität, d.h. Sprechtag für Menschen mit Behinderung in den Bezirken

c) Regionale Maßnahmen (Tirol)

- Hilfe im Planungsbereich (Bedarfs- und Entwicklungsplan, Etappenplan)
„Wer nicht plant, der wird geplant“
- Systempflege (Koordination/Vernetzung) zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten
- Aufzeigen von Schwachstellen im System (für eine bessere Entwicklungsplanung)
- Positive Imagepflege (Lobbyingarbeit)
- Legistische Unterstützung

d) Überregionale Maßnahmen

- Kontakt zu Bundes- und Landesstellen/Landesanwaltschaften
- Besuch von Tagungen, Sitzungen und Fortbildungen

ANREGUNG

Es ergeht daher die Anregung, die zukunftsorientierte Ombudsstelle mit für die Umsetzung der Maßnahmen tauglichen Kompetenzen im Nachfolgegesetz des Tiroler Rehabilitationsgesetzes zu verankern.

Prüfbeschluss des Tiroler Landtages

Der Tiroler Landtag hat in der Sitzung am 16. Dezember 2015 folgenden Antrag von Frau LA Gabi Schiessling einstimmig beschlossen:

„Unter Hinweis auf den Bericht des Landesvolksanwaltes von Tirol 2014 wird die Landesregierung um Prüfung ersucht, ob die Einrichtung einer Tiroler Behindertenanwaltschaft

geeignet und sinnvoll ist, um die Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte Arbeit für Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung und deren Angehörige zu schaffen. Alternativ dazu soll auch geprüft werden, ob mit einer Personalaufstockung im Bereiche des Behindertenansprechpartners das Auslangen gefunden werden kann.“

Zur Erleichterung der Entscheidungsfindung hat der Behindertenansprechpartner den Damen und Herren Abgeordneten des Tiroler Landtages das Orientierungs- und Strategiepapier vom 16.03.2017 zur Verfügung gestellt.

DANKE

Mein Dank gilt der Frau Landesvolksanwältin und ihrem Team für die großartige Unterstützung in meiner Arbeit und hier insbesondere Herrn Mag. Kristof Widhalm, der mir seit März 2016 tatkräftig zur Seite steht. Des Weiteren bedanke ich mich bei den VertreterInnen der Facheinrichtungen und der Abteilung Soziales sowie Frau Mag.^a Isolde Kafka und ihrem Team für die sehr gute Zusammenarbeit.

„Den Wert einer Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit ihren Schwächsten umgeht.“
(Gustav Heinemann)

Der Behindertenansprechpartner
Dr. Christoph Wötzer

ANREGUNGEN

3.1 MINDESTSICHERUNG – 24 STUNDEN BETREUUNG

MITFINANZIERUNG DER HÄUSLICHEN BETREUUNG

ALLGEMEINES

30 – 40 % der Menschen ab 70 Jahren brauchen zu einer selbstständigen Lebensführung zu Hause Hilfe im Alltag. Mit Unterstützungen, wie z.B. in der Körperpflege, Haushaltsführung und Essenszubereitung, beim Einkaufen gehen, Begleitdienste zum Arzt oder zu den Behörden, ist den Betroffenen oft ein Verbleiben zu Hause möglich.

Diese Betreuungsdienste werden zwischenzeitlich von einigen privaten Einrichtungen, häufig mit MitarbeiterInnen aus EU-Ländern, wie z.B. Slowenien, der Slowakei oder Bulgarien, angeboten. Die Betreuungspersonen sind als selbstständige UnternehmerInnen tätig und wohnen in den Haushalten der Betroffenen.

Arbeitsrechtliche Bestimmungen sowie qualitätssichernde Maßnahmen dazu finden sich im „Bundesgesetz, mit dem Bestimmungen über die Betreuung von Personen in privaten Haushalten erlassen werden (Hausbetreuungsgesetz – HBeG)“, BGBl. I Nr. 33/2007. Die Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) führt im § 159 Abs. 1 zur „Personenbetreuung“ aus: „Gewerbetreibende, die das Gewerbe der Personenbetreuung ausüben, sind berechtigt, betreuungsbedürftige Personen zu unterstützen“. Dies umfasst beispielsweise Tätigkeiten wie Zubereitung von Mahlzeiten, Durchführung

von Hausarbeiten, Wäscheversorgung oder Begleitung bei diversen Aktivitäten. Der Befugnisbereich dieser „PersonenbetreuerInnen“ wird durch den § 159 Abs. 2 GewO 1994 um die in § 3b Abs. 2 Z 1 bis 5 des Bundesgesetzes über Gesundheits- und Krankenpflegeberufe (Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – GuKG) um Tätigkeiten erweitert wie Unterstützungen bei der Körperpflege, beim Aufstehen und Niederlegen, beim An- und Auskleiden, bei der Benützung von Toiletten oder bei der Flüssigkeitsaufnahme und Arzneimittelaufnahme.

Pflegedienste fallen nicht in das Tätigkeitsfeld und werden bei Bedarf von Familienangehörigen geleistet oder von professionellen Einrichtungen wie z.B. Sozial- und Gesundheitssprengel dazugekauft.

„Pflegebedürftige Personen“

Nach übereinstimmenden Angaben der VertreterInnen von privaten Einrichtungen, die mit PersonenbetreuerInnen arbeiten, beziehen nur 5 – 8 % ihrer KlientInnen ein Pflegegeld der Stufen 1 und 2, d.h., dass über 90 % der zu Hause betreuten Personen ein Pflegegeld der Stufe 3 und höher beziehen. Dieser Personenkreis gilt nach § 2 Abs. 3 des Tiroler Mindestsicherungsgesetzes (TMSG) als „pflegebedürftig“.

Dies zeigt, dass mit häuslicher Betreuung auch BezieherInnen höherer Pflegegeldstufen ein

Verbleiben zu Hause ermöglicht wird. Dazu kommt, dass 90 % der Menschen ab 70 Jahren so lange wie möglich zu Hause bleiben und dort auch sterben möchten.

Kostensituation

Die Kosten für die PersonenbetreuerInnen liegen je nach Qualifikation und Tätigkeitsfeld zwischen € 1.900,- und € 2.600,-/Monat, zusätzlich der Kosten für Unterkunft und Verpflegung. Diese sind mit Ausnahme eines Beitrages durch das Bundessozialamt von höchstens € 550,-/Monat von den Betroffenen selbst zu tragen.

Die Versorgungskosten in einem Senioren- und Pflegeheim betragen landesweit im Wohn- und Betreuungsbereich zwischen € 1.200,- und € 2.300,- und für Pflegegeldbezieher ab der Stufe 3 (also das Hauptklientel der häuslichen Betreuung) zwischen € 2.300,- und € 3.900,-. Soweit die HeimbewohnerInnen die Kosten nicht bezahlen können, werden diese im Ausmaß von 65 % vom Land Tirol und 35 % von den Gemeinden getragen.

Kostensparnis der öffentlichen Hand von 65 %

Der durchschnittliche Kostenbeitrag für die öffentliche Hand (Land und Gemeinden) im stationären Bereich liegt pro Heimbewohner bei rund € 1.700,- pro Monat. Erhebungen des Behindertenansprechpartners und Anlassfälle haben gezeigt, dass der Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand für Betroffene, die noch im häuslichen Bereich versorgt werden können, bei durchschnittlich € 600,- pro Monat liegen würde, und damit um über 65 % geringer ist, als der (durchschnittliche) Kostenbeitrag für die Betroffenen im stationären Bereich.

Die Gründe dafür sind einerseits, dass in der

häuslichen Versorgung (im Gegensatz zur stationären Versorgung, wo nach § 43 Abs. 1 lit. c TMSG dem Heimbewohner 20 % des Einkommens, die Sonderzahlungen und € 44,29 pro Monat vom Pflegegeld verbleiben müssen) die gesamten verfügbaren Finanzmittel eingesetzt werden und andererseits häufig noch die Hilfe durch das Umfeld (Nachbarschaft, Freunde, Familie) gegeben ist, die für den Betreuungs- bzw. Pflegeumfang entlastend und damit für den Kostenaufwand reduzierend wirkt.

Das Kostenverhältnis verschiebt sich weiter zu Ungunsten des stationären Bereiches, weil zu berücksichtigen ist, dass die obige Kostenaufstellung nur den laufenden Betrieb der Senioren- und Pflegeheime betrifft und keinerlei Kosten für die Errichtung, Erweiterung oder Sanierungsmaßnahmen von Senioren- und Pflegeheimen beinhaltet sind, die nach § 21 Abs. 4 TMSG von den Gemeinden „selbst zu tragen“ sind. Dafür werden aber vom Land Tirol Strukturförderungsmittel ausgeschüttet. Faktum ist, dass die oben angeführte Form der häuslichen Betreuung über PersonenbetreuerInnen nicht nur den Wünschen der Betroffenen, möglichst lange zu Hause bleiben zu können, entspricht, sondern für das Land und die Gemeinden erheblich billiger wäre.

Fehlende Qualitätskontrolle in der 24 Stunden Betreuung

Die häusliche Betreuung ist zwischenzeitlich zu einem für die Privatwirtschaft interessanten Markt geworden, den sich derzeit allerdings nur Menschen mit ausreichenden Finanzen leisten können. Dies diskriminiert Menschen mit schwachen Einkommensverhältnissen. Dazu kommt, dass es durch fehlende Regulative von Seiten des Landes viel „Wildwuchs“ gibt, d.h. unterschiedliche Anbieter mit Mitar-

beiterInnen unterschiedlicher Ausbildungen und Entlohnung. Gänzlich fehlt eine externe „Qualitätskontrolle“. Durch eine Mitfinanzierung hätte das Land Tirol die Möglichkeit, hier einheitliche Rahmenbedingungen (Qualitätskriterien, Richtlinien für Entlohnung, Aus- und Weiterbildung, etc.) zu erlassen, um damit auch eine landesweite gedeihliche Entwicklung sicherzustellen.

Deutliche Entlastung der stationären Strukturen

Tatsache ist, dass der häuslichen 24 Stunden Betreuung Grenzen gesetzt sind, dies z.B. bei fehlenden Räumlichkeiten, intensivem Pflegebedarf der Betroffenen oder fehlendem stützenden Umfeld, und nicht jede/r Pflegebedürftige zu Hause versorgt werden kann. Tatsache ist aber auch, dass in vielen Fällen mit finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand der Verbleib zu Hause möglich ist und damit ein Heimaufenthalt vermieden oder verzögert werden kann. Dies dient der Entlastung der stationären Strukturen und auch dazu, den Bau kostenintensiver Senioren- und Pflegeheimen hinauszuzögern bzw. bedarfsorientierter planen zu können.

Zusammenfassung

Die häusliche Betreuung über PersonenbetreuerInnen

- entspricht den Wünschen der Betroffenen, möglichst lange zu Hause zu bleiben
- ist für das Land/die Gemeinden erheblich billiger als die stationäre Versorgung in Wohn- und Pflegeheimen
- findet derzeit ohne Qualitätskontrolle durch das Land Tirol statt
- vermeidet oder verzögert den Heimaufenthalt und ist damit geeignet, den Neu- und Ausbau von Senioren- und Pflegeheimen hinauszuzögern

Die Novelle zum Tiroler Mindestsicherungsgesetz (TMSG) sieht im § 13 für den häuslichen Bereich trotz entsprechender Überschrift („Hilfe zur Betreuung und Hilfe zur Pflege“) nur eine Hilfe zur „Pflege“ vor. Ähnlich wie in Vorarlberg, wo die Mitfinanzierung im Mindestsicherungsgesetz geregelt ist, könnte die Mitfinanzierung dem Grunde nach durch Ergänzung des § 13 TMSG gesetzlich verankert werden. Nähere Bestimmungen könnten im Zuge einer Verordnung durch die Landesregierung erfolgen.

Es ergeht daher die Anregung an die Gesetzgebung, dass durch das Land Tirol eine Mitfinanzierung in der häuslichen Betreuung inklusive Festlegung von Qualitätskriterien, Kontrollmechanismen und Tarifgestaltung geschaffen wird.

3.2 MINDESTSICHERUNG – UNTERSTÜTZUNG DER AUSBILDUNG

Investitionen im Bildungsbereich für BezieherInnen von Mindestsicherung sind zukunftsori-

entiert und längerfristig kostensparend

Die derzeit geltende Fassung des Tiroler

Mindestsicherungsgesetzes sieht durch das Erfordernis des Einsatzes der eigenen Kräfte und Mittel zur Abwendung der Notlage vor, dass die oder der Hilfesuchende dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen hat. Personen, die sich nach dem Erreichen der Volljährigkeit in einer Ausbildung befinden, erhalten nur dann Unterstützung, wenn sie diese Ausbildung bereits vor dem 18. Lebensjahr begonnen haben. Wird eine Lehrstelle erst danach angetreten, erhält der Betroffene keine Unterstützung durch die Mindestsicherung. Da diese Personen aufgrund ihres Alters oder ihrer Vorgeschichte oft auch keine andere Unterstützung erhalten, bleibt manchen von ihnen aus finanziellen Gründen die dringend nötige Ausbildung verwehrt. Langfristig betrachtet würde es sich für das Land Tirol jedoch auch finanziell lohnen, wenn diesen Personen der Abschluss einer Ausbildung ermöglicht wird, da sie dadurch ihre Chancen auf einen besser bezahlten Arbeitsplatz erhöhen und von einer (unterstützenden) Mindestsicherung nicht mehr abhängig sind.

In der zur Begutachtung ausgeschickten Novelle des Mindestsicherungsgesetzes soll nun dieser Personenkreis erweitert werden auf Menschen, die nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres bestimmte Ausbildungen begonnen haben und insbesondere den

erstmaligen Abschluss einer Lehre anstreben. In den Erläuternden Bemerkungen zu diesem Gesetz wird diese begrüßenswerte Erweiterung jedoch dahingehend eingeschränkt, dass nur bei „erstmaligem Beginn“ und wenn der Betroffene eine derartige Ausbildung noch nie „absolviert oder in Anspruch genommen hat“ Unterstützung gewährt wird.

Bei der Landesvolksanwaltschaft haben wiederholt Menschen vorgesprochen, die im Laufe ihres Lebens Ausbildungen bzw. Lehren aus gesundheitlichen oder persönlichen Gründen abgebrochen haben, aber nunmehr bereit sind, ihr Leben neu zu ordnen, um ein selbständiges Leben und ohne Abhängigkeit von der Mindestsicherung führen zu können. Der vorliegende Gesetzesentwurf nimmt auf solche Menschen jedoch nicht ausreichend bedacht.

Es ergeht daher die Anregung an die Gesetzgebung, auch Menschen höheren Alters, die bereits Ausbildungen bzw. Lehren abgebrochen haben, in Absprache mit dem Arbeitsmarktservice die Kosten für eine erfolgversprechende berufliche Ausbildung aus Mitteln der Mindestsicherung zu übernehmen.

Als Kontrollmaßnahme kann die regelmäßige Vorlage einer Bestätigung des Trägers der Bildungseinrichtung zum Bildungserfolg dienen.

3.3 BEHINDERTENBEREICH – UMSETZUNG DER UN-KONVENTION

Das Rehabilitationsgesetz, mit einigen Novellierungen aus dem Jahr 1983 stammend,

soll grundlegend überarbeitet werden. **Zur Sicherstellung der Ansprüche der Menschen**

mit Behinderungen und zur Verhinderung, dass sie „Bittsteller“ werden, ergehen zu den nachfolgenden drei Punkten Anregungen an die Gesetzgebung.

- Zum Nachfolgegesetz des Rehabilitationsgesetzes wird angeregt, die Grundsätze der UN-Konvention (Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006), seit Oktober 2008 durch das Bundesgesetz Nr. 155/2008 für Österreich geltend, umzusetzen und die Leistungen aufgrund der damit verbundenen Rechtssicherheit wo möglich als Pflichtleistungen zu formulieren.
- Es fehlt in Tirol eine landesweite Bedarfs- und Entwicklungsplanung zum stationären wie auch teilstationären/ambulanten Bereich; dies führte und führt zu unterschiedlichen und oft auch nicht bedarfsdeckenden Angeboten für

Betroffene in den Bezirken. Für die zukunftsorientierte Entwicklung im Behindertenbereich wird angeregt, einen Bedarfs- und Entwicklungsplan zu erarbeiten und die Verpflichtung dazu gesetzlich zu verankern.

- Die UN-Konvention sieht für die Umsetzung der Maßnahmen keinen Zeitrahmen vor. Damit Umsetzungsmaßnahmen wie Barrierefreiheit, Bildung, Gleichstellung u.a. zeitlich verbindlich werden, wird die Erarbeitung eines Landesetappenplanes angeregt. Dieser sollte als Inhalt die Bestandsaufnahme zu den Themenbereichen, den Maßnahmenkatalog zur Umsetzung und einen verbindlichen Zeitplan zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen enthalten.

Näheres zu diesen Anregungen ist dem Bericht des Behindertenansprechpartners zu entnehmen.

3.4 VERWALTUNGSREFORM – FONDS

Überführung des Vermögens des Kriegsoffer- und Behindertenfonds sowie des Mindestsicherungsfonds in das Landesvermögen darf zu keinen Einsparungen führen

Im Zuge der Auflösung diverser aus Landesmitteln gespeister Fonds wurden von den VertreterInnen verschiedenster Einrichtungen im Sozialbereich gegenüber der Landesvolksanwaltschaft massive Bedenken geäußert, dass der Sinn und Zweck dieser Maßnahme darin liegen könnte, Einsparungen zu erzielen. Auch wenn von Landesseite betont wurde, dass diese Bedenken haltlos

sind, gilt es langfristig sicherzustellen, dass die Mittel weiterhin im Sinne der ursprünglichen Intention und in vollem Umfang eingesetzt werden.

Es ergeht daher die Anregung an die Verwaltung, die Mittelverwendung über eine Richtlinie so transparent zu gestalten, dass – in Verbindung mit einer entsprechenden Dokumentation – am Jahresende eine Prüfung ermöglicht wird, ob die zur Verfügung stehenden Mittel tatsächlich im bisher gewährten Ausmaß und ohne Kürzungen zielorientiert ausgeschüttet worden sind.

3.5 BEHINDERTENBEREICH – MITSPRACHEMÖGLICHKEIT

Behinderten Menschen droht in kleinen Betreuungseinheiten Vereinsamung

Als „richtungsweisend für die Zukunft“ angepriesen und in Absprache mit der Fachabteilung werden derzeit größere Wohnheime im Behindertenbereich geschlossen und die BewohnerInnen in kleineren, familiäreren Einheiten untergebracht; zum Teil in Wohngemeinschaften, zum Teil aber auch in eigenen Garconnieren. Da die behinderten Menschen als Betroffene in diesen Prozess nicht eingebunden werden, bleiben oft auch ihre Interessen auf der Strecke. Bei uns haben mehrfach Familienangehörige vorgeschlagen und ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, dass Betroffene

mangels Wahlmöglichkeit bzw. Mitspracherecht ihr vertrautes Umfeld verlieren, an dem sie mehr hängen als ein Mensch ohne diese Beeinträchtigung. Damit werden sie in eine nicht gewollte „soziale Isolation“ getrieben, in der Vereinsamung und Depression drohen.

Im Sinne des Grundsatzes der „Partizipation“ ergeht daher die Anregung an die Verwaltung, den Betroffenen eine Wahlmöglichkeit einzuräumen, ob sie in der vertrauten Umgebung des großen Wohnheimes mit den fixen Strukturen bleiben oder ihre Selbständigkeit in einer kleinen Wohneinheit leben möchten.

3.6 BEHINDERTENBEREICH – PERSÖNLICHE ASSISTENZ

Persönliche Assistenz ist für behinderte Menschen eine Hilfe zur Führung eines selbständigen Lebens in der Gesellschaft und zur Vermeidung von Abhängigkeiten und ist auch bei Abwesenheit der pflegenden Eltern möglich

Im Anlassfall wurde der Antrag eines schwer behinderten Menschen auf Persönliche Assistenz aufgrund urlaubsbedingter Abwesenheit seiner Eltern und Pflegepersonen abgelehnt.

Der Betroffene, der aufgrund seiner Behinderung auf die Benützung eines Rollstuhles angewiesen und auch in seiner verbalen Ausdrucksfähigkeit eingeschränkt ist, geht einer

Beschäftigung nach und wohnt bei seinen Eltern zu Hause, die ihn auch betreuen und pflegen. Die Erstbehörde vertrat die Ansicht, dass eine Persönliche Assistenz für Zeiten des Erholungsurlaubes der pflegenden Eltern nicht möglich ist.

Die Alternative einer stationären Unterbringung für die angegebenen Zeiträume wäre für das Land Tirol nicht nur erheblich teurer gekommen, sondern sie kam auch für den Betroffenen nicht in Frage – weder in Bezug auf sein Ziel, mittelfristig in eine eigene Wohnung zu ziehen und somit ein selbstbestimmtes Le-

ben führen zu können, noch aus beruflichen und organisatorischen Gründen.

In unserer Kontaktaufnahme mit der Abteilung Soziales haben wir darauf hingewiesen, dass

- aufgrund der besonderen Lebensumstände (Abwesenheit der Eltern als Pflegepersonen) eine Persönliche Assistenz ein selbständiges Leben in der Gesellschaft sicherstellt,
- der persönliche Unterstützungsbedarf nachweisbar gegeben ist (dies wurde von der Erstbehörde auch nicht in Abrede gestellt) und zudem noch
- die Maßnahme den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln entspricht, weil die Alternative nur ein stationärer Aufenthalt ist.

Zur Verhinderung von Wiederholungsfällen erging daher die Anregung an die Verwaltung, durch einen richtungsweisenden Erlass

an die Unterbehörden solche Entscheidungen zu verhindern bzw. – soweit es sich um eine Einzelmeinung der Entscheidungsträger der Bezirksverwaltungsbehörde handelt – um direkte Kontaktaufnahme zur Änderung dieser Spruchpraxis.

Die Fachabteilung nahm mit der Erstbehörde Kontakt auf und erwirkte die Gewährung der Persönlichen Assistenz, sah jedoch mit der Begründung, es würden „immer Einzelfallentscheidungen bleiben“ von einem Erlass ab. Aufgrund des Wissens, dass die Fachabteilung einen regelmäßigen Kontakt zu den Erstbehörden pflegt und der Fachabteilung eine landesweit einheitliche Spruchpraxis im Behindertenbereich ein Anliegen ist, erschien die Reaktion ausreichend. Tatsächlich wurde in der Folge bei uns keine diesbezügliche Beschwerde mehr eingebracht.

3.7 WOHNBEIHILFE

WOHNBEIHILFE

Das Fehlen der Transparenz bei der Berechnung der Wohnbeihilfe wurde von der Landesvolksanwaltschaft seit Jahren mehrfach thematisiert. Im Zuge einer Petition wurde dem Landtagsausschuss der Antrag des Vereines Rechtsladen Tirol „zur Offenlegung der Berechnungsweise der Wohnbeihilfe“ herangetragen. Bei einem gemeinsamen Gespräch der Landesvolksanwaltschaft mit der Abteilung Wohnbauförderung wurde ebenso auf die für Betroffene fehlende Transparenz aufmerksam gemacht. Auch wenn es nach den Aussagen des Abteilungsleiters bei rund 6.900 Beihilfen

im Jahr in nur ca. 70 Fällen Nachfragen und nicht mehr als 9 Interventionen gegeben hat, bleibt doch die Tatsache, dass die Berechnung für die Betroffenen nicht nachvollziehbar ist.

Zur Handhabe des Online Rechners der Abteilung Wohnbauförderung auf der Homepage werden Informationen im Einzelfall benötigt, über die die Antragsteller nicht verfügen (können). Wird dieses Problem nicht gelöst, bleibt es ein Dauerthema.

Der Petitionsausschuss des Landtages hat in seiner Sitzung vom 03.11.2016 zur Petition des Vereines Rechtsladen Tirol „zur Offenlegung der Berechnungsweise der Wohnbeihilfe“ einstimmig beschlossen, dass „die weitere

Behandlung der Petition dem zuständigen Landesrat mit der Empfehlung zugeleitet wird, beispielsweise die Digitalisierung der Antragstellung und Vereinfachung der Berechnungsweise zukunftsfitter zu machen“.

Es wird daher die Anregung an die Verwaltung aufrecht erhalten, neue Schritte und Überlegungen zu einer für die Betroffenen transparenten Berechnung der Wohnbeihilfe zu setzen.

WOHNBEIHILFE/MIETZINSBEIHILFE – UNTERSCHIEDLICHE FÖRDERSYSTEME

Im Zuge eines Gespräches mit der Abteilung Wohnbauförderung im Sommer 2016 hat die Landesvolksanwaltschaft an Beispielen aufgezeigt, dass es beim Wechsel von der Wohnbeihilfe zur Mietzinsbeihilfe für die Betroffenen zu teilweise erheblichen Reduzierungen des „Mietbeitrages“ kommt.

Bereits im Jahresbericht der Landesvolksanwaltschaft 2013 haben wir diese Problematik unter Punkt 2.2.5 „Sozialrecht – Wohnbeihilfe und Mietzinsbeihilfe“ ausführlich dargestellt. Bisher ist eine Vereinheitlichung der unter-

schiedlichen Bemessungsgrundlagen und Förderungsmodalitäten beider Förderungsmaßnahmen nicht erfolgt.

Hier ergeht die Anregung an die Verwaltung, die Fördersysteme der Wohnbeihilfe und Mietzinsbeihilfe zu vereinheitlichen.

SERVICEDIENST HOMEPAGE

Aufgrund von aktuellen Anlassfällen, bei denen Informationen zur konkreten Förderhöhe vor Anmietung bzw. Ankauf einer Wohnung nur schwer erhältlich waren, teilte die Fachabteilung mit, dass Parteien auf Anfrage solche Vorinformationen erhalten können. Es wurde von der Abteilung Wohnbauförderung dazu der sehr positive Vorschlag gemacht, dieses Service auch auf die Homepage zu stellen.

Diesbezüglich ergeht die Anregung an die Verwaltung, dies in geeigneter Form umzusetzen.

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH

4.1 VOLKSANWALTSCHAFT WIEN

Auf die sehr herzliche Einladung meiner Kollegin Dr.ⁱⁿ Gertrude Brinek und meiner Kollegen Dr. Kräuter und Dr. Fichtenbauer, habe ich im April 2016 gemeinsam mit dem Vorarlberger Landesvolksanwalt Mag. Florian Bachmayr-Heyda einen Antrittsbesuch bei der Volksan-

waltschaft in Wien gemacht. Diese Kontakte scheinen mir besonders wichtig, da sie nicht nur dem Erfahrungsaustausch dienen, sondern auch die Möglichkeit bieten, sachorientierte Lösungsansätze in Bundes- wie Landesangelegenheiten zu finden.



Besuch in der Volksanwaltschaft, Wien mit VA Dr. Kräuter (3. v. li.), VA Dr.ⁱⁿ Brinek (4. v. li.), VA Dr. Fichtenbauer (5. v. li.) und LVA Mag. Bachmayr-Heyda (2. v. re.)

4.2 BRÜSSEL UND DIE EUROPAREGION TIROL – SÜDTIROL – TRENINO

In Fortführung einer für die Landesvolksanwaltschaft Tirol wichtigen Tradition meines Vorgängers HR Dr. Josef Hauser habe ich im Berichtsjahr den Erfahrungsaustausch mit meinen KollegInnen in den umliegenden Europaregionen gesucht. Besonders erfreulich ist, dass das Interesse dafür auf beiden Seiten gleichermaßen besteht. Mit den Volkanwältinnen von Südtirol und dem Trentino, Dr.ⁱⁿ Gabriele Morandell und Dr.ⁱⁿ Daniela Longo, entstand dadurch ein freundschaftlicher Kontakt.

Einmal im Jahr findet zudem auf Einladung der Europäischen Ombudsfrau Emily O'Reilly eine Sitzung des Netzwerkes der Europäischen

Bürgerbeauftragten in Brüssel statt, bei der europäische wie weltweit aktuelle Themen diskutiert werden. Im Berichtsjahr waren dies:

- Die Bemühungen der EU und der Mitgliedsstaaten, Flüchtlingen zu helfen
- Bedeutung der Lobbying-Transparenz für die Verwaltung
- Die Beachtung der Rechtsstaatlichkeit in der EU

Die Mitgliedschaft in einer europäischen Gemeinschaft, um für Frieden, Freiheit und Menschenrechte einzutreten, erscheint mir in unserer heutigen Zeit besonders wichtig und wertvoll.



Mit Dr.ⁱⁿ Daniela Longo und Dr.ⁱⁿ Gabriele Morandell
bei der Sitzung des Netzwerkes der Europäischen Bürgerbeauftragten, Brüssel

EUROPÄISCHES OMBUDSMANN – INSTITUT (EOI)

4.3 ALLGEMEINES

Dem Europäischen Ombudsmann-Institut mit Sitz in Innsbruck gehören als Vereinigung der Volksanwälte (Ombudsleute, Menschenrechtsverteidiger, Bürger- und Menschenrechtsbeauftragte) 117 institutionelle, 72 individuelle und 5 korrespondierende Mitglieder aus ganz Europa sowie aus Teilen Asiens und Afrikas an. Schon aus der Anzahl der Mitglieder kann dessen Bedeutung abgeleitet werden. Als Generalsekretär ist der Stellvertreter der Landesvolksanwältin von Tirol, Dr. Josef Siegele, eingesetzt. Das EOI hat sich in den letzten Jahren vor allem für eine Verbreitung der Ombudsmann-Idee in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas eingesetzt.

Nach den Statuten dieser im Jahre 1988 nach Österreichischem Recht eingerichteten und beim Europarat akkreditierten Organisation werden insbesondere die Förderung des Erfahrungsaustausches auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sowie die wissenschaftliche Behandlung und Forschung auf dem Gebiet von Menschenrechts- und Ombudsmann-Fragen bezweckt, sowie die Unterstützung bei der Einrichtung von Ombudsmann-Institutionen. Insbesondere der Erfahrungsaustausch im Rahmen der in verschiedenen Ländern organisierten Veranstaltungen ist für eine regionale Einrichtung wie die Landesvolksanwaltschaft von besonderer Bedeutung.

4.4 ENTWICKLUNGEN IN DEN OMBUDSMANN – INSTITUTIONEN

Das Berichtsjahr 2016 war für das EOI eine wichtige Zeit, verbunden mit viel Organisationsarbeit und neuen Kontakten. Neben dem Land Tirol wurden auch in der Russischen Föderation, in Italien (Regionen Abruzzen und Venetien), in Kirgisien, Kroatien, Armenien, Nagorno Karabach, Nord-Zypern und Bulgarien jeweils neue Ombudsleute von den nationalen und regionalen Parlamenten gewählt.

Im Berichtsjahr fanden in Moskau und Zypern Vorstandssitzungen statt. In diesen Sitzungen wurden Vorbereitungen getroffen für eine

zukunftsweisende Statutenreform sowie die Weiterentwicklung bzw. Evaluierung der Menschenrechtssituationen in den verschiedenen Krisengebieten Ost- und Südeuropas sowie Vorderasiens.

Auf Einladung der zypriotischen Volksanwältin Frau Eliza Savvidou reiste der EOI-Vorstand zu einer Vorstandssitzung nach Nikosia. Bei dieser Sitzung wurde die Landesvolksanwältin von Tirol durch einstimmige Wahl in den Vorstand aufgenommen.



EOI Vorstand mit der zypriotischen Volksanwältin Frau Eliza Savvidou in Nikosia (Mitte re.)

Bei der Vorstandssitzung befasste sich der EOI Vorstand insbesondere mit der Einhaltung der Menschenrechtsstandards in Nagorno Karabach.

Des Weiteren wurde seitens des EOI die tiefe Besorgnis über die Entscheidung des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC), die russischen paralympischen Sportler von der Teilnahme an den Paralympischen Spielen in Rio 2016 und in Südkorea 2018 auszuschließen, zum Ausdruck gebracht. Nach Ansicht des EOI Vorstandes stellt diese Vorgangsweise eine Verletzung der Menschenrechte durch internationale Organisationen dar und widerspricht diese Entscheidung zudem klar den Artikeln 10 und 11 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, UN – Resolution 217 A (III) der Vereinten Nationen, vom 10. Dezember 1948.

Der Ausschluss der russischen paralympischen Sportler widerspricht weiters dem Gedanken des paralympischen Sports und dem

Grundsatz der UN Generalversammlung, Resolution 217 A (III), nach welcher der Sport außerhalb der Politik liegt. Mit dieser Entscheidung wurde den betroffenen Sportlern mit Behinderung das Recht auf Teilnahme vorenthalten.

Neben diesen Themenbereichen behandelte das EOI bei dieser Sitzung auch Ombudsmann-Themen für die nächste Europa-Tagung, legte die Rahmgestaltung der 2017 in Bukarest stattfindenden Generalversammlung fest und legte den Grundstein für weitere Verhandlungen mit der Universität St. Petersburg hinsichtlich einer Kooperation mit ausgewählten NGOs im Menschenrechtsbereich.

Bei der Vorstandssitzung in Moskau waren als besondere Schwerpunkte der Menschenrechtsbericht der Exekutiv-Vorständin, Frau Dr.ⁱⁿ Nina Karpachova, die Nominierung und Vorbereitung von Herrn Dr. Simon Mathijssen zur Kandidatur als Vizepräsident bei der INGO

(International Non Governmental Organisations Conference of the Council of Europe) und die Verabschiedung der Resolution be-

züglich der menschenrechtlichen Situation der Flüchtlinge in Europa und deren Umsetzung hervorzuheben.



EOI Vorstand in Moskau

4.5 BUCHPRÄSENTATIONEN DES EOI

Wie bereits im Vorjahr berichtet, hat das EOI anlässlich seines 25-jährigen Bestehens ein Buch mit dem Titel „European Heart of Human Rights“ herausgegeben. Aufgrund der großen Nachfrage folgten nach der ersten Präsentation in Wien im Haus der Europäischen Union weitere Präsentationen in Kiew und eine Vorstellung des Buches im Außenministerium der Russischen Föderation.

An einer weiteren Präsentation des Buches nahmen im Oktober 2016 auf Einladung des Herrn Präsidenten des Tiroler Landtages DDr. Herwig van Staa im Tiroler Landtag Vertreter der Tiroler Landesregierung und Abgeordnete zum Tiroler Landtag teil.



Mit dem Direktor des Dritten Europäischen Departements des Außenministeriums der Russischen Föderation Sergej Nechaev

Im Rokokosaal konnte die Vertreterin der Ukraine, Frau Prof. Dr.ⁱⁿ Nina Karpachova begrüßt werden, ebenso wie der Herr Generalkonsul der Russischen Föderation in Österreich, Herr Sergej Maguta. Anwesend waren weiters Vertreter der Universität Innsbruck mit dem Vorstand des Institutes für Translationswissenschaften Herrn Prof. Dr. Pius Ten-Hacken und Frau Mag.^a Esther Pöhl. Bei dieser Veranstaltung des Tiroler Landtages stellte der EOI-Generalsekretär Dr. Josef Siegele und das EOI-Vorstandsmitglied Prof. Dr.ⁱⁿ Nina Karpachova dieses Buch der Tiroler Öffentlichkeit vor.

In seiner Laudatio würdigte Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa die Bedeutung des Europäischen Ombudsmann-Institutes (EOI) mit Sitz im Haus der Anwälte in der Innsbrucker Meraner Straße: „Der Grund dafür, dass der Sitz dieser internationalen Einrichtung hier in Innsbruck ist, liegt darin, dass die Initiative zur Schaffung des EOI vor mehr als 25 Jahren von den Rechtsgelehrten der Universität

Innsbruck ausging. Zwischenzeitlich kann das EOI auf über 180 Mitglieder aus den Bereichen der Volksanwaltschaften, Ombudsleute, Menschenrechts-NGOs, Petitionsausschüssen und Menschenrechtsbeauftragten aus ganz Europa verweisen.“

Gerade durch den regelmäßigen Erfahrungsaustausch auf wissenschaftlicher Ebene und die Vermittlung europäischer Standards könnten wichtige Hilfestellungen geleistet werden. Frau Prof. Dr.ⁱⁿ Nina Karpachova überreichte zum Abschluss der Veranstaltung den „Order of the Rule of Law and Justice“ der World Jurist Alliance an Herrn Präsident DDr. Herwig van Staa. Dies geschah in Würdigung seiner Verdienste als langjähriges Mitglied des Landtagspräsidiums, als mehrfacher Präsident sowohl der Kammer der Gemeinden als auch der Kammer der Regionen und nicht zuletzt als zweifacher Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen im Europarat. Sie bedankte sich insbesondere für seine Bemühungen zur Befriedung des russisch-ukrainischen Konfliktes.



Mit dem Landtagspräsidenten DDr. Herwig van Staa, Prof. Dr.ⁱⁿ Nina Karpachova, Bürgerbeauftragter Dieter Burgard und LHStV Josef Geisler

4.6 RAHMENPLANUNG 2017

Für September 2017 ist eine internationale Menschenrechtskonferenz des EOI in Bukarest geplant, im Zuge derer die nächste satzungsgemäße Generalversammlung durchgeführt wird. Im Juni 2017 wird die ENOHE Konferenz, an der das EOI als Hauptkooperationspartner mitwirken wird, in Straßburg stattfinden.

Wir bedanken uns herzlich beim Präsidenten des Tiroler Landtages, beim Landeshauptmann von Tirol, bei der Tiroler Landesregierung und den Damen und Herren Abgeordneten des

Tiroler Landtages. Ebenso gilt unser Dank der Frau Bürgermeisterin und den Damen und Herren GemeinderätInnen der Landeshauptstadt Innsbruck. Sie haben dem Europäischen Ombudsmann-Institut ihre Unterstützung und Wertschätzung in mehr als 25 Jahren entgegengebracht. Abschließend möchte das Europäische Ombudsmann-Institut weiterhin herzlich um eine gute Zusammenarbeit und Unterstützung für die so wichtige Arbeit im Bereich der Menschenrechte bitten.



Mit dem Präsidenten des Tiroler Landtages DDr. Herwig van Staa in den Räumlichkeiten des EOI, Innsbruck

ALLGEMEINES

Öffentlichkeitsarbeit ist für die Landesvolksanwaltschaft von großer Bedeutung, auch wenn unsere Institution mittlerweile nach mehr als 27-jährigem Bestehen sehr bekannt ist.

Als neue Landesvolksanwältin wurde ich in mehreren Presseartikeln der wichtigsten Tiroler Printmedien vorgestellt und konnte dabei auf die Sorgen und Probleme, welche die Menschen in unserem Land Tirol bewegen, aufmerksam machen. Auch bei den Sprechtagen der Landesvolksanwältin viermal jährlich in den Bezirken bzw. Gemeinden Tirols, wird mit der Ankündigung mittels Plakaten

öffentlichkeitswirksam auf unsere Einrichtung und die Möglichkeit der Kontaktaufnahme im Bedarfsfall aufmerksam gemacht.

Ebenso nicht zu unterschätzen ist die Außenwirkung beim Tag der offenen Tür, bei dem sich die Landesverwaltung und Politik der Öffentlichkeit präsentiert. Dieser arbeitsintensive Tag bot auch im Jahr 2016 wieder eine gute Gelegenheit, die Zuständigkeiten und die Arbeitsweise unserer Einrichtung vorzustellen. Die Landesvolksanwältin konnte dabei gemeinsam mit dem Behindertenansprechpartner im Landhaus zahlreiche interessierte Besucherinnen und Besucher begrüßen.

5.1 UNTERLAGEN DER LANDESVOLKSANWALTSCHAFT

NEUER FOLDER

Damit sich die Kundinnen und Kunden leichter zurechtfinden, wie und wann sie die Landesvolksanwaltschaft erreichen können, wer ihr Ansprechpartner ist und was unsere unmittelbaren Zuständigkeiten sind, wurde ein neuer Folder erstellt. Der neue Folder wurde gemeinsam mit Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa in einer Presseausendung des Landes Tirol der Öffentlichkeit vorgestellt. Erfreulich ist, dass viele hilfesuchende Menschen uns zurück melden, dass der Folder ihnen eine gute Orientierung geboten hat, in welchen Bereichen ihnen die Landesvolksanwältin helfend oder beratend zur Seite stehen kann.



Präsentation des Folders mit dem Präsidenten des Tiroler Landtages DDr. Herwig van Staa

Internetplattform im Sozial- und Behindertenbereich

Oft wissen Hilfesuchende nicht, wohin sie sich wenden können. Aus diesem Grund wurde in Zusammenarbeit mit der Telefonseelsorge eine Aufstellung von rund 600 Einrichtungen erarbeitet, die im Sozial- und Behindertenbereich Hilfeleistungen anbieten. Diese Informationen wurden im Berichtsjahr überarbeitet und sind unter www.werhilftwie-tirol.at abrufbar.

Aufstellung über „Einrichtungen für Finanzhilfen“

Für Hilfesuchende, die keinen Internetzugang haben und Finanzhilfe brauchen, wurde die Unterlage „Einrichtungen für Finanzhilfen“ überarbeitet. Auf drei Seiten werden Einrichtungen, die finanzielle Hilfe leisten, aufgelistet. Randbemerkungen zu den aufgelisteten Einrichtungen über die Schwerpunkte der Hilfeleistungen dienen dazu, dass Hilfesuchende nicht bei Einrichtungen ansuchen, bei denen eine Finanzhilfe nicht wahrscheinlich ist, so z.B. wenn ein Hilfesuchender bei der Arbeiterkammer Tirol um Finanzhilfe ansucht, jedoch nicht Kammermitglied ist. Ergänzt wurde die Aufstellung durch die aktuellen E-Mail-Adressen.

Mit dieser Unterlage können die Einrichtungen von den Hilfesuchenden nunmehr auch per E-Mail gezielt angesprochen werden.

„Antrag auf Finanzhilfe“

Ein weiteres Problem ist der Umstand, dass nicht wenige Hilfesuchende Defizite in der Schriftform haben und daher einen Antrag auf Finanzhilfe nicht selbst formulieren können. Dies war der Grund, weshalb bereits Mitte 2011 ein „Antrag auf Finanzhilfe“ erarbeitet wurde, der sich in der Praxis bereits sehr bewährt hat. Vorgegebene Felder erleichtern erheblich das Ausfüllen. Eine eigens dafür konzipierte „Erläuterung“ hilft bei der Handhabung. Damit ist eine Antragstellung auch für Hilfesuchende mit Formulierungs- und Schreibschwächen möglich.

Weiters sind die Informationen so ausgelegt, dass die Entscheidungsträger „vom Schreibtisch aus“ die Situation und die Hilfsbedürftigkeit beurteilen können. Aufgrund der Angabe der Telefonnummer des/der Hilfsbedürftigen kann die Situation bei Bedarf rasch hinterfragt werden.

Der Antrag ist eine Word-Datei und kann über Word bearbeitet und per E-Mail versendet werden.

Die Aufstellung der „Einrichtungen für Finanzhilfen“ und der „Antrag auf Finanzhilfe“ können über das Büro der Landesvolksanwältin angefordert bzw. von unserer Homepage www.tirol.gv.at/landesvolksanwaltschaft heruntergeladen werden.

5.2 INTERNET- DATENBANK „WER HILFT WIE“

WER HILFT WIE – DIE SUCHMASCHINE IM SOZIAL- UND BEHINDERTENBEREICH

Home Impressum Hilfe

wer hilft wie

Finden Sie Ihre soziale Servicestelle in Tirol

Suche

Wählen Sie Ihren Bezirk in Tirol

Suchbegriff eingeben

Suchen

Suche einschränken (Mehrfachauswahl)

- Familie
- Frauen/Beratung
- Männer/Beratung
- Kinder/Jugend
- Kirchl. Einrichtungen
- Alte Menschen
- Behinderung
- MigrantInnen
- Wohnungslosigkeit
- Arbeit
- Beratung/Therapie
- Finanzen
- Recht

Wählter Bezirk: alle Bezirke

Wer ist "wer hilft wie"?

Hier finden Sie Adressen und Telefonnummern von Sozial-Einrichtungen in Tirol. Die Adressen und Beschreibungen der Einrichtungen sind Kategorien und Suchbegriffen zugeordnet. Für Fragen steht Ihnen die Telefonseelsorge Tirol unter Telefon 142 gerne zur Verfügung. Die Landesvolksanwaltschaft hat die kostenfreie Telefonnummer 0800 100 301 bzw. die Landesnummer 0512 508-3052.

Bei Fragen sehen Sie auch auf unsere [Hilfeseite](#)

Rückmeldungen bitte an: telefonseelsorge@dibk.at oder an landesvolksanwaltschaft@tirol.gv.at

Die Initiatoren

142 TELEFON SEELSORGE INNSBRUCK

LANDES VOLKSANWÄLTIN TIROLER LANDTAG

© Kooperation des Landes Tirol und der Telefonseelsorge der Diözese Innsbruck made by holzweg

Das Team der Landesvolksanwaltschaft hat gemeinsam mit der Telefonseelsorge Innsbruck bereits im Jahr 2010 eine Suchmaschine entwickelt, die online rund 600 Einrichtungen im Sozial- und Behindertenbereich erfasst. Durch Eingabe eines Begriffes in die Suchleiste können diese Einrichtungen samt Zusatzinformationen über Erreichbarkeit oder Leistung abgerufen werden. Schwerpunkte wurden auf die einfache Bedienung und Übersichtlichkeit gelegt. Präzisieren kann der User die Eingabe über 13 Schwerpunktbereiche (Überbegriffe) sowie über die Auswahl eines Bezirkes.

Die Suchmaschine wird von der Telefonseelsorge und vom Büro der Landesvolksanwältin gemeinsam gewartet und einmal im Jahr online aktualisiert. Diese Seite wird stark frequentiert und wurde im Jahr 2016 von 35.216 Usern, somit durchschnittlich von 2.935 Usern pro Monat oder 96 Usern pro Tag, aufgerufen. Seit Bestehen der Suchmaschine im Juni 2010 erfolgten 405.129 Seitenaufrufe bzw. haben 170.121 Personen diese Webseite besucht. Dies zeigt den hohen Bedarf an diesem Onlineportal.

Adresse: www.werhilftwie-tirol.at

6.1 DANK



Foto: René Marzetta

Amtsübergabe durch HR Dr. Josef Hauser

Die Erfolge des letzten Jahres waren nur möglich, weil der Landesvolksanwältin und ihrem Team bei ihrer Tätigkeit allseits umfassende Unterstützung entgegengebracht wurde. Dafür möchte ich meinen Dank dem Präsidenten des Tiroler Landtages, DDr. Herwig van Staa, aussprechen, der mir wie die Damen und Herren Abgeordneten zum Tiroler Landtag das Vertrauen geschenkt hat. Ebenso herzlich möchte ich allen MitarbeiterInnen der Landtagsdirektion für ihre Unterstützung in meinem ersten Jahr als Landesvolksanwältin danken.

Mein Dank gilt weiters dem Herrn Landeshauptmann, den Regierungsgliedern, dem Herrn Landesamtsdirektor und seinem Stellvertreter, den AbteilungsvorständInnen und Bediensteten des Amtes der Tiroler Landesregierung. Ebenso möchte ich mich bei allen Bezirkshauptleuten, BürgermeisterInnen und den Bediensteten herzlich bedanken. Bei den zahlreichen Kontaktaufnahmen war das Gesprächsklima stets freundlich und es wurde mit spürbarem Engagement versucht, eine Lösung oder zumindest Aufklärung des Problembereiches zu finden.

Ich sehe es nicht als selbstverständlich an, dass die Zusammenarbeit mit den beteiligten Behörden bzw. BehördenvertreterInnen im Berichtsjahr so gut funktionierte. Nur vereinzelt wurde dem Ersuchen um Abgabe einer Stellungnahme zu einem bestimmten Beschwerdevorbringen verspätet nachgekommen.

Da auch die Landesvolksanwältin selbst ihrem verfassungsmäßigen Auftrag auf „unverzögliche Prüfung jeder Beschwerde“ und „ehestmögliche Mitteilung des Prüfungsergebnisses an den Beschwerdeführer“ nachzukommen hat (vgl. § 2 Abs. 3 des Gesetzes vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt), wird um Verständnis für die Notwendigkeit einer raschen Bearbeitung unserer Anfragen ersucht.

Mein ganz großer Dank gilt meinem Vorgänger HR Dr. Josef Hauser, der für das positive Resümee des Berichtsjahres nicht nur durch den erst am 1. April 2016 vollzogenen Wechsel entscheidend mitverantwortlich war. Mein Amtsvorgänger ist eine Persönlichkeit und die Menschen kennen ihn Land auf Land ab. Für all sein Wohlwollen, all sein positives Wirken für die Menschen und unsere Einrichtung, wie auch für die Arbeit in den ersten drei Monaten des Berichtsjahres, sage ich ihm in meinem wie im Namen der hilfesuchenden Menschen der letzten Jahre ein ganz herzliches Vergelt´s Gott.

Nur einen seiner vielen Erfolge darf ich erwähnen: In den letzten Jahren hat mein Vorgänger HR Dr. Josef Hauser immer wieder auf das Problem der fehlenden Rechtsschutzmöglichkeiten in der Raumordnung (insbesondere bei Flächenwidmungen und Bebauungsplänen) hingewiesen. Gleichzeitig hat er angeregt, die seit 2010 im Vorarlberger Raumplanungsgesetz in Geltung stehende Regelung (verpflich-

tendes Planungsgespräch mit dem Widmungswerber, Befassung einer Expertenkommission usw.) zu prüfen und allenfalls eine ähnliche Regelung in Tirol einzuführen.

Dieser Anregung des Landesvolksanwaltes wurde mit der Raumordnungsnovelle vom 1. Oktober 2016 Rechnung getragen und seither haben wir viel positive Resonanz von Seiten der Bevölkerung auf diese neue gesetzliche Regelung erhalten.

Durch die Beseitigung dieser Unsicherheit in der Bevölkerung sind in der Landesvolksanwaltschaft im Bereich der Raumordnung auch weniger Anfragen eingegangen. Dass sich der Tiroler Landtag hier zu einer Gesetzesänderung entschlossen hat, beweist die Weitsicht der Damen und Herren Abgeordneten und schafft Vertrauen in die Verwaltung und in die Politik.

Abschließend danke ich meinem hervorragenden Team, ohne dessen großartigen Einsatz, verbunden mit hoher fachlicher und menschlicher Kompetenz, die in diesem Berichtsjahr erzielten Erfolge und Leistungen nicht möglich gewesen wären. Insbesondere das von allen MitarbeiterInnen spürbare Bestreben, selbst im Falle einer Unzuständigkeit aber erkennbarer Notlage, den Betroffenen im Rahmen unserer Möglichkeiten helfend entgegen zu kommen, finde ich beispielhaft.

6.2 VISION

Worum geht es bei meiner Arbeit? Als Landesvolksanwältin bin ich dazu eingesetzt, einen Ausgleich zwischen der oft als übermächtig empfundenen Verwaltung und den Menschen zu schaffen. Meine Vision ist ein möglichst gerechtes und damit friedliches Zusammenleben aller Menschen. Das kann gelingen, wenn wir allen Menschen die gleichen Chancen einräumen.

Gemeinhin meinen wir, der Zugang zum Recht sei für alle Menschen in unserem Land der gleiche. In seiner Anwendung ergibt sich aber schon der Unterschied, dass der eine es für sich zu nutzen weiß, der andere davon aber zB. mangels Informiertheit oder Möglichkeit sich auszudrücken ausgeschlossen bleibt. Die große Anzahl und die Komplexität der einzelnen Verwaltungsvorschriften sowie die vielseitigen sozialen Probleme in unserer Gesellschaft stellen uns vor große Herausforderungen. Weil nicht alle die gleichen Voraussetzungen vorfinden, gilt es deshalb darauf zu achten, dass jeder Zugang zu seinen Rechten erhält.

Ich bin überzeugt davon, dass eine gute weitere Entwicklung in unserem Land und für seine Bürger entscheidend von der menschlichen Qualität aller Entscheidungsträger abhängt. Von jedem einzelnen hängt es ab, positiv an die Arbeit heran zu gehen und wir entscheiden täglich, ob wir nach Lösungen suchen oder nur das Problem sehen.

Ganz wichtig erscheint mir auch der respektvolle Umgang mit jedem Menschen. Eine gute Gesprächskultur führt zum Meinungs austausch und im besten Falle zum Verständnis für die Sichtweise des anderen. Wenn wir das Gemeinsame vor das Trennende stellen, werden wir die kommenden Herausforderungen zum Wohle der Menschen in unserem Land meistern. Auch ich werde mich bemühen, meines dazu beizutragen.

Ich hoffe, mit dem vorliegenden Bericht den Nachweis erbracht zu haben, dass im Jahr 2016 der Landesvolksanwalt und die Landesvolksanwältin mit ihrem engagierten Team stets mit vollem Einsatz gearbeitet haben.

Innsbruck, im März 2017



Ihre Maria Luise Berger
Landesvolksanwältin



LANDESVOLKSANWÄLTIN VON TIROL

6020 Innsbruck – Meraner Straße 5

Telefon: +43 512 508-3052 • +43 800 100 301 kostenfrei • Telefax: +43 512 508-743055

E-Mail: landesvolksanwaltschaft@tirol.gv.at • www.tirol.gv.at/landesvolksanwaltschaft